

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 6. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Der von der Stadtverordnetenversammlung zu Eignitz getroffenen Wahl gemäß, den Gerichtsassessor Sobbin zu Ratibor, welcher gleichzeitig zum Stadtsyndikus gewählt worden ist, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Eignitz, und der von der Stadtverordnetenversammlung zu Bonn getroffenen Wahl gemäß, den Rentner Peter Innocenz Eller daselbst als vierten unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Bonn, jeden für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer, zu bestätigen.

Der K. Eisenbahn-Baumeister Redlich zu Krefeld ist in eine etatsmäßige Eisenbahn-Baumeisterstelle bei der Dsbahn versetzt worden.

Der Baumeister Schorch zu Küstrin ist zum K. Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben eine etatsmäßige Eisenbahn-Baumeisterstelle bei der Dsbahn verliehen worden.

Der Privatdozent an der hiesigen K. Universität und bisherige Oberlehrer an der Berlinischen Gewerbeschule, Dr. J. Hausstein, ist zum Rektor des K. Gymnasiums hieselbst ernannt worden.

An der Realschule zu Stralsund ist dem ordentlichen Lehrer Dr. K. Ruse das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Die Ernennung des Kreisgerichts-Raths Ferber zu Züllichau zum Rechtsanwalt in Suowracław und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts in Bromberg ist auf seinen Antrag zurückgenommen worden. Der Rechtsanwalt und Notar Leitz zu Köslitz ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Wroclaw, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Preuß. Holland, versetzt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Geisel zu Zühl ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Giesleben, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden. Unter Verleihung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg sind ernannt: der Staatsanwalt Wilde in Glogau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Weisensfeld, und mit der Verpflichtung, statt seines bisherigen Titels „Staatsanwalt“ fortan den Titel „Justiz-Rath“ zu führen, der Gerichts-Assessor Herold in Erfurt zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Naumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wiehe, der Gerichts-Assessor Steinbach in Duerfurt zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Sangerhausen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Roßla.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 5. März. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König ließ sich heute Morgen die Zöglinge des hiesigen Kadetteninstituts vorstellen, deren Eintritt in die Armee bevorsteht. Die Vorstellung erfolgte durch den Korpskommandeur, Generalmajor v. Rosenburg, im Beisein des Generalinspektors v. Decker. Der König richtete an die jungen Militärs freundliche Worte und ermahnte sie, ihre Ehre darin zu suchen, durch Bildung und strenge Dienstleistung Allen voranzuleuchten. Mit vor Freude strahlenden Augen traten die Kadetten aus dem Palais heraus. Hier auf empfing der König mehrere zu höheren Chargen beförderte Offiziere des Generalstabs und des Gardekorps und hatte alsdann eine Besprechung mit dem Oberjägermeister, Grafen v. d. Asseburg, die, wie verlautet, die Herrschaft Wusterhausen betraf, wozu sich der Graf in den nächsten Tagen begeben wird, um die dort angeordneten Arbeiten wegen es Wildzaunes zu besichtigen. Am 11 Uhr nahm der König die Vorträge des Geheimraths Maire, der Generaladjutanten v. Mantuffel und v. Alvensleben, des Polizeipräsidenten v. Zedlig und des Obercerimonienmeisters, Graf Stillfried-Alcantara, entgegen und konfertierte später mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Staatsminister v. Auerwald, im Beisein des Kronprinzen, der zuvor der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses beigewohnt hatte. Nachmittags machte der König, der seit Sonnabend das Palais nicht verlassen hatte, wieder eine Spazierfahrt; sie lag aber im Thiergarten aus, während sich die übrigen Herrschaften auf der Promenade ergingen, die zuvor von Arbeitern etwas gesäubert worden war. Morgen Nachmittag 4 1/2 Uhr wird nun endlich die feierliche Cerimonie der Bekleidung mit dem Hohenbandorden, ganz in der Weise, wie sie Statut und Herkommen vorschreiben, im Weißen Saale des königlichen Schlosses vor sich gehen. Geladen sind zu diesem Akt die Minister, die Wirklichen Geheimräthe, Mitglieder des diplomatischen Korps, Generale, die obersten Hofchargen u. s. w. Für die Dauer des Festes wird die Trauer aufgehoben; die Herren erscheinen in Gala mit weißen Beinleidern. Heute Mittag machten der Marquis of Breadalbane und die übrigen Herren der Deputation allen königlichen Prinzen in Hofgoutagen wieder einen Besuch. Diese Herren fühlen sich hier außerordentlich wohl; bis jetzt haben sie fast täglich an der Tafel des Königs und des Kronprinzen gespeist. — Morgen wird die Ankunft des Prinzen Karl von Bayern erwartet; derselbe ist bereits in Dresden. Der sächsische Hof sucht zwar den hohen Gast zu einem längeren Bleiben zu bewegen, allein seine erlauchte Schwester, die Königin Elisabeth, hat ihm von Sanssouci melden lassen, daß sie ihn erwarte. Die Königin Marie von Bayern legt bekanntlich morgen von Schwerin aus ihre Rückreise nach München fort. — Der Kaiser Napoleon hat heute von Paris dem General v. Willisen ein kostbares Geschenk nachgeschickt; dasselbe besteht in einer großen goldenen Dose, die mit dem in Brillanten gefassten Brustbilde des Kaisers decorirt ist. Diese Dose, woran die Brillanten eben nicht gespart sind, hat einen sehr bedeutenden Werth. — Morgen Vormittag 10 Uhr treten die Minister im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses zu einer Berathung zusammen; wie ich höre, wird an derselben auch der Kronprinz theilnehmen. — Graf Perponcher wird Mitte März von Rom zurück erwartet und mit ihm sollen auch die Attache's hierher zurückkehren und eine andere Bestimmung erhalten. — Der Minister v. Schleinitz hatte heute Nachmittag abermals eine längere Besprechung mit dem Generalleutnant v. Bonin, der zuvor der Königin-Wittve in Sanssouci seinen Besuch gemacht; später empfing der Minister auch die Gesandten Brasiliens, Frankreichs, Englands und Sardiniens. — Ueber den Krankheitszustand des Oberhof- und Dompredigers Dr. Strauß kann ich auch heute noch nichts Tröstliches mittheilen. Die Fieberphantasien und Unruhe dauern fort. — In den Abgeordnetenkreisen ist neuerdings wieder davon die Rede, daß die Regie-

rung keineswegs aufgegeben habe, die Sprachfrage in der Provinz Posen durch gesetzliche Bestimmungen zu regeln und soll die betreffende Vorlage noch in dieser Session gemacht werden.

A Berlin, 5. März. [Subilän; künftige Organisation der Militär-Reitschule; die letzten Schießübungen; das Offizier-Advancement seit Mai v. J.] Außer dem für den 29. Juni d. J. bevorstehenden fünfzigjährigen Militär-Dienstjubiläum des Generalfeldzeugmeisters der preussischen Artillerie, Prinzen Karl von Preußen, stehen dem Vernehmen nach für dieses Jahr auch noch die fünfzigjährigen Dienstjubiläen des Generals der Infanterie v. Bülow, Kommandirenden des II., und des Generals Herwarth v. Bittenfeld, Kommandirenden des VII. Armeekorps, wie noch mehrerer anderen höheren Militärs bevor. — Ueber die künftige Organisation der Militär-Reitschule zu Schwedt vernimmt man, daß fernerhin nicht mehr wie bisher die Ausbildung von Kavallerie-Unteroffizieren sondern die von Offizieren zu Reitlehrern die Hauptaufgabe dieser Anstalt bilden wird, wonach denn auch diese letzteren unter den Schülern des Reitsinstituts, von welchen sie gegenwärtig nur den vierten Theil ausmachen, die Mehrzahl bilden werden. — Bei den zuletzt hier abgehaltenen großen Schießübungen mit gezogenen Geschützen ist die wohl noch kaum je gestellte Aufgabe glücklich gelöst worden, auf 2500 Schritt mit 24 Pfundern, gezogenen natürlich, eine Scheibe von nur 1 Fuß im Quadrat zu beschließen und zu treffen. Es war nämlich von den letzten Schießübungen gegen gepanzerte Schiffswände nur noch eine einzige derartige Platte von 1 Fuß im Quadrat übriggeblieben, welche auf die angegebene Entfernung zu treffen und zu durchdringen 10 Schuß aus dem erwähnten Kaliber zur Verfügung gestellt wurden. Die beiden ersten Schüsse hiervon waren nun bestimmt, die Entfernung zu ermitteln, von den 8 übrigen Schüssen trafen dagegen 6 die Scheibe überhaupt, und 2 darunter die eiserne Platte, die auf die Entfernung von beinahe einer viertel deutschen Meile kaum noch mit dem bloßen Auge zu unterscheiden blieb. Ein genaueres Ziel auf gleich gewaltige Distanzen möchte mit Artillerie wohl noch niemals erreicht worden sein. — Durch die Errichtung der neuen Truppentheile ist der Etat an Offizieren des stehenden Heeres, ausschließlich des Trains, zusammen um 1293 Stellen, und zwar um 1039 bei der Infanterie, 114 bei der Kavallerie, 113 bei der Artillerie und 27 bei den Ingenieuren vermehrt worden. Ausgeführt sind davon seit Mai v. J. 821 worden, und zwar 591 bei der Infanterie, 134 bei der Kavallerie, 74 bei der Artillerie und 25 bei den Ingenieuren, also die drei letzten Waffengattungen noch über das etatsmäßige Bedürfnis hinausgegriffen; da jedoch in dem gleichen Zeitraum ein Abgang von 246 Offizieren stattgefunden hat, so stellt sich die faktische Vermehrung des Offizierstandes nur auf 448 für die Infanterie, 61 bei der Kavallerie, 45 bei der Artillerie und 21 bei den Ingenieuren oder zusammen 575 Köpfe, so daß also noch 718 Offizierstellen auszufüllen bleiben würden, wofür durch die seit Jahren in Voraussicht der kommenden Dinge bei den einzelnen Truppentheilen geführten überzüglichen Secondulieutenants nicht ein nicht unbeträchtlicher Theil dieser Stellen bereits gleich von vornherein ausgefüllt worden wäre. In der That ist nur noch bei der Infanterie, und namentlich bei den neuen Infanterieregimentern ein fehlbarer Mangel an Offizieren vorhanden, welcher jedoch bis Abschluß 1862 jedenfalls vollständig gedeckt sein wird.

Elberfeld, 2. März. [Die Waisenhausangelegenheit.] Unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters und unter Zuziehung der Armenverwaltung verhandelten die Stadtverordneten am 28. v. M. wieder über die Waisenhausangelegenheit. Der Vorsitz theilte zunächst mit, daß der Reg. Präsident v. Massenbach und der Reg. und Medizinalrath Dr. Obermeyer zur Revision des Waisenhauses hier eingetroffen seien. Bekanntlich hatte die Armenverwaltung schon am 21. beschlossen, Herrn Grafen zum Rücktritt von seinem Amte aufzufordern. Dieser Beschluß wurde ihm durch den Vorsitz der Armenverwaltung, Herrn Daniel v. d. Heydt, mitgetheilt, der ihn zugleich um seine Erklärung ersuchte. Ueber das Ergebnis dieses Schrittes berichtet Hr. v. d. Heydt unterm 23. wörtlich an den Oberbürgermeister:

„Herr Graf tritt von seinem Amte zurück und wird das Gesuch um seine Enthebung einreichen. Ich bitte und empfehle, die früheren Dienste eines Bürgers in seinem Amte nicht ohne Dank zu vergessen.“ Mit Rücksicht hierauf erklärte die Stadtverordnetenversammlung in dem Protokolle vom 23. Februar, „daß sie in Betreff der Direction für jetzt von einem Beschlusse Abstand nehme und durch den Rücktritt des Herrn Grafen die Angelegenheit in Betreff der Direction für erledigt halte.“ Zwei Tage später schreibt dagegen Herr Graf an den Oberbürgermeister: „Ew. Hochwohlgeboren theile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich den Herrn Vorsitzenden der städtischen Armenverwaltung zu einer Erklärung, wie sie in dem veröffentlichten Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 23. d. M. in Betreff der Niederlegung meines Amtes als Mitglied der Direction des städtischen Waisenhauses enthalten ist, nicht ermächtigt habe. Ich muß vielmehr die Entziehung des mir anvertrauten Mandats in letzter Instanz denen überlassen, welche durch ihre Wahl es mir übertragen haben. (gez.) H. v. Graf.“ Herr Daniel v. d. Heydt hat auf dieses Schreiben am 26. einfach erwidert: „daß dasjenige, was er am 23. dem Oberbürgermeister berichtet habe, am 23. wirklich geschehen sei.“ Die Stadtverordnetenversammlung beschloß mit 23 gegen 3 Stimmen: dem Herrn Grafen das ihm anvertraute Mandat als Mitglied und Vorsitz der Direction des hiesigen Waisenhauses hierdurch zu entziehen. Die Stadtverordnetenversammlung ersuchte die Armenverwaltung, eins ihrer Mitglieder provisorisch als Mitglied der Waisenhausdirection abzuordnen. Demnach legte der Oberbürgermeister sein Schreiben vom 25. v. M. an den Vorsitz der Waisenhausverwaltung Hr. Klug vor, worin er denselben von den ihn betreffenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 23. v. M. in Kenntniß setzt, nebst der Antwort des Klug vom 27. vor. Mts. In der letzteren erklärt Klug: „da er überall nur die Anordnungen der Direction befolgt habe, deren Weisung nachzukommen seine Instruktion ihn verpflichte, so fühle er sich in seinem Gewissen gebunden, sein Amt nicht freiwillig aufzugeben.“ Der Oberbürgermeister berichtete zugleich, daß der Vorsitz der Armenverwaltung ihm angezeigt habe: der Vorsitz der Anstalt für verlassene Kinder u. s. w. Limbach, welchem nach den Beschlüssen der Armenverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung die einstweilige Wahrnehmung der Waisenhausstelle übertragen werden sollte, lehne es ab, diesem Auftrage Folge zu leisten.“ Hier nach und da nach der augenblicklichen Lage der örtlichen Verhältnisse schwerlich darauf zu rechnen sei, daß eine andere für die Jugendzucht herangebildete und in ihr bewährte Persönlichkeit hier zu ermitteln sein würde, welche zur Uebernahme jener Stellung bereit und in der Lage sei, so sei nichts übrig geblieben, als sich an die königliche Regierung zu Düsseldorf mit der Bitte um schleunige Ueberweisung eines Mannes zu wenden, welcher wenigstens geeignet sei, um dem augenblicklichen Nothstande durch Uebernahme der inneren Verwaltung des Hauses abzuhelfen. Der Oberbürgermeister theilte ferner mit, daß durch den Reg. und Schulrath Alletz, mit Zustimmung des Regierungspräsidenten v. Massenbach, für die vorläufige Wahrnehmung der Stelle eines Waisenhausvorstehers der jetzt bei der städtischen Verwaltungsbeförderung zu Düsseldorf beschäftigte Zivilversorgungsbeamtete Blüher empfohlen worden sei, welcher sich auch bereits hier eingefunden habe. Die sämtlichen anwesenden Mitglieder der Armenverwaltung erklärten, in Uebereinstimmung mit dem Oberbürgermeister, daß sie, nachdem sie den Blüher selbst gesprochen, denselben zur vorläufigen Wahrnehmung der Stelle auch ihrerseits empfehlen.

Die Stadtverordneten-Versammlung faßte hierauf mit 23 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß: Der Oberbürgermeister wird ersucht, mit der provisorischen Enthebung des Vorstehers Klug von seinem Amte nunmehr ohne Verzug vorzugehen und mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Lage, die auf diese Weise vorläufig erledigte Stelle augenblicklich wiederbesetzen zu müssen, ohne

eine genauer bekannte geeignete Persönlichkeit dafür finden zu können, die Wahrnehmung der Stelle vorläufig dem von so achtbarer Seite empfohlenen Blüher zu übertragen. Zu Betreff des Hauspersonals im Waisenhaus ermächtigte die Versammlung den Vorsitzenden, nach Maßgabe der ihm von der Armenverwaltung zu machenden Vorschläge und entsprechend dem Inhalte des diesseitigen Protokolls vom 13. v. Mts., die sofortige Entlassung der Angeestellten des Waisenhauses zu verfügen und andere dafür anzustellen. Der Oberbürgermeister hat in Folge der in der Sitzung vom 23. Februar stattgehabten vorläufigen Besprechung ein Schreiben vom 25. an den Hausarzt med. Dr. Arner gerichtet, worin er demselben mehrere auf seine Stellung zu den Waisenhaus-Ereignissen bezügliche Fragen vorgelegt. Dr. Arner hat darauf unter dem 27. erwidert, er sei von den Krankheitszuständen im Waisenhaus nicht früher und nicht anders als in der folgenden Weise unterrichtet worden: „Als er am 6. Februar in das Waisenhaus gegangen, um die etwa vorgekommenen Kranken zu untersuchen, habe ihm der Vorsteher Klug erzählt, daß unter den Kindern eine größere religiöse Erweckung sei, wobei manne innerlich ergriffen wären und ein tiefes Gefühl ihrer Sünden hätten; als er darauf den Wunsch geäußert habe, dieselben zu sehen, habe Klug gemeint: dies sei nicht gut, indem es nicht rathsam sei, von dem im Hause innerlich entstehenden Leben viel Aufsehen nach Außen zu machen. Er sei daher davon abgestanden, mit dem Bemerken, daß, wenn die Kinder körperlich aufgeregt seien, Klug ihnen kaltes Wasser zu trinken geben möge, und schwächeren Kindern gute Nahrung. Die ersten ihm angezeigten Kinder, welche an Krämpfen leiden sollten, habe er am Montag den 18. Februar (dem Tage, an welchem der Oberbürgermeister die Untersuchung im Waisenhaus eröffnete) besucht u. s. w. Zu einer Angelegenheit an die Armenverwaltung habe er sich deshalb nicht veranlaßt gefunden, weil er nach seinem Aufstellungsbefehle nur verpflichtet sei, bei entstehenden epidemischen Krankheiten Anzeige zu machen; was dahin zu rechnen sei, bezeichnete die in der Geleisammlung von 1855 abgedruckten Regulative, und danach habe er die ihm von Klug angegebenen Fälle nicht dazu rechnen können.“ Es wurde in der Versammlung die Frage aufgeworfen: „ob nach Lage der Sache das Verhältnis des Herrn Doktor Arner zum Waisenhaus zu lösen sei?“ und diese Frage mit 19 gegen 8 Stimmen bejaht.

Schließlich theilt die „Elberf. Ztg.“ noch folgende Erklärung mit:

Es ist unwar, daß ich die Existenz eines persönlichen Antichristen behauptet habe. Die in der Morgenandacht seit Neujaahr verlesenen Bibelabschnitte nach Zahns Bibelfalter boten keinerlei Veranlassung dar, auch nur an den Antichristen zu denken. Ich habe seit Beginn der Erweckung bis zur heutigen Stunde kein einziges Kind körperlich gequält. Am 29. Januar jedoch ist Nachmittags beim Kaffeetrinken ein Knabe gestraft worden, weil er sich mit einem andern gezankt hatte. Die Belästigung der Kinder an den Gebetsstunden war eine durchaus freiwillige. Alle kitzelnden Gerüchte über absichtliche und planmäßige Bräutigam der Kinder sind gänzlich erlogen. Keine einzige Bettelstille ist zertrümmert. Die Speisen sind ganz in der gewöhnlichen Weise verabreicht worden, und es haben nur körperlich schwache Kinder auf ärztliche Verordnung Fleischbrühe u. s. w. bekommen. Der Behrler, welcher die in dem Barmer Artikel mitgetheilten kolossalen Lügen ausgesprochen haben soll, befindet sich augenblicklich im hiesigen Krankenhaus. Jeder, dem daran gelegen, sich von der Gehaltlosigkeit der Barmer Mittheilung zu überzeugen, wende sich gefälligst an den Krankenhausvater, der erbötig ist, den Knaben zum Vorführ vorzuführen. Der Waisenhaus-Vorsteher Klug.

Elberfeld, 3. März. [Die Waisenhausangelegenheit.] Gestern fand im Waisenhaus die Vorstellung und provisorische Einführung des H. Blüher als Vorsteher des Waisenhauses statt, und sollen außerdem wieder verschiedene Zufälle vorgekommen sein, die aber bald beseitigt wurden, als von den anwesenden Mitgliedern der Armenverwaltung auf das Ernsteste mit den Kindern gesprochen wurde. Zur Charakteristik des hiesigen circa 350 Mitglieder zählenden „christlichen Bürgervereins“ dient die Thatsache, daß derselbe in seiner gestern stattgehabten Ballotage-Versammlung einstimmig den Waisenhausvorsteher Klug, den früheren Vorsteher der Waisenhaus-Direction Grafen und den bisherigen Arzt des Waisenhauses Dr. Arner zu Ehrenmitgliedern erwählt hat.

Köln, 3. März. [Falsche Thaler.] In den letzten Wochen kamen hier bei verschiedenen Handlungshäusern viele falsche preussische Einhaler mit der Jahreszahl 1818 und 1820 zum Vorschein. Sie sind so täuschend nachgemacht, daß nur ein Kenner die Unetheit erkennen kann. Farbe, Gepräge und Klang lassen nichts zu wünschen übrig, weshalb bei Annahme von Thalerstücken mit den gedachten Jahreszahlen mit der größten Vorsicht zu verfahren ist. (E. Z.)

Köln, 4. März. [Joseph Du Mont], Verleger der „Kölnischen Zeitung“, ist gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr nach längerer Krankheit und noch nicht 50 Jahr alt, gestorben.

Oesterreich. Wien, 3. März. [Das neue Staatsgrundgesetz und die Adelsparthei.] Die „Öst. Post“ schreibt: „Die erste Stimme einer vehementen Opposition gegen das neue Staatsgrundgesetz ertönt aus den Spalten des Adelsorgans! Das „Baterland“ schreibt über Berrath an dem Oktoberdiplom! Das „Patent vom 20. Oktober habe von „Ständen“ gesprochen! Durch die neuen Statute werden „unbestreitbare Rechte“ beseitigt, „jedweder korporative Verband“ völlig gelöst, die „Rechtskontinuität der Vertretungsorgane in der gefährlichsten (!) Weise zerrissen“ u. s. w. Das Organ des adeligen Aktienvereins zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung „beklagt es tief“, daß nicht der „Geist des Diploms vom 20. Oktober“ und die „Grundideen“ desselben „unverfehrt erhalten und verwirklicht wurden“. Die Journalisten des Grafen Clam-Martiniß müssen allerdings besser wissen, als wir Anderen, mit welchen „Grundideen“ man sich hinter den Kulissen trug, welchen esoterischen Geist ihr Herr und Meister in das Diplom hineinzubringen hoffte. Der Akt vom 20. Oktober war ja das Produkt der famosen Reichsrathsmajorität und die Führer der dreißig hochadeligen Herren, die sich zu diesem Votum koalirt hatten, mußten wissen, was sie beabsichtigten. Noch vierzehn Tage nach der Publikation des Oktoberdiploms war Graf Clam-Martiniß ein Ministerkandidat, man nannte ihn bald für dieses, bald für jenes Vorlesens. Wäre er Minister geworden, da hätte der „Geist“, hätten die „Grundideen“ des Diploms vom 20. Oktober eine Entwicklung erhalten, wie sie die Tiroler Adresse angestrebt. Wer erinnert sich nicht der herrlichen vier Goluchowski'schen Landesstatute? Das war die Blüthezeit der Clam-Martiniß'schen „Grundideen“. Wer erinnert sich nicht des hochmüthigen, herausfordernden Tones, mit welchem das „Baterland“ in den ersten Wochen seiner Entstehung auftrat,

mit welcher Annahme es sich geberdet? Die Partei war bereits siegesgewiß, sie glaubte sich am Vorabend der Gewalt. Aber ihre eigener Uebermuth hat sie gestürzt, ihr eigenes Journal hat sie untergraben! Graf Clam ist nicht Minister geworden und hat nach den Statuten von gestern sowie auch Angesichts des nahe bevorstehenden Zusammentritts eines gewählten Reichsrathes keine Aussicht, es so bald zu werden; es sei denn, daß der Einfluß des Herrenhauses gleich von vornherein so überwiegend würde, daß künftige Minister dort geschaffen werden. Wäre das „Waterland“ nicht so aufrichtig in seinem Zorn, so würden wir seinen Protest gegen die neuen Statute (das „Waterland“ erweist ihnen nicht die Ehre, sie so zu nennen, es heißt dieselben bloß „Erlasse“) als ein strategisches Mittel betrachten, um dahinter seine Zufriedenheit über die überreichliche Weile zu verbergen, mit welcher das hochadelige Element unter dem Titel von Großgrundbesitz in Landtage und folgerichtig auch im Reichsrathe bedacht wurde, von dem Herrenhaus ganz abgesehen. Nehmen wir z. B. das Statut für Böhmen. Unter den zweihundert sechs und dreißig Abgeordneten, welche dieses Kronland zu wählen hat, sind siebenzig Abgeordnete für den großen Grundbesitz bestimmt. Also beinahe ein Drittel der Gesamtrepräsentation! Ist damit der Einfluß der böhmischen Aristokratie beendet? Nicht doch! Alle diese Kavaliere sind in zahlreichen Gemeinden Wähler, ihre Güterdirektoren, Wirtschaftsbeamte nicht minder. Wer den Einfluß dieser Kategorien in den Landgemeinden kennt, der weiß, wie bestimmend sie auf die Wahlen einwirken. Sie selbst sind die zahlreichsten Landtagskandidaten jener Gemeinden und meist auch die Bevorzugten. So wächst der geschlossene Zahl der Großgrundbesitzer ein sehr ansehnliches Kontingent im Landtage zu aus den Abgeordneten, die von anderen Klassen gewählt werden, die aber nichts destoweniger in einem Verhältnisse der Abhängigkeit und der Rücksichtnahme zu dem Adel stehen. Dieses ist die wahre Stellung des Adels in den Landtagen, namentlich in solchen Kronländern, wo das Wort „großer Grundbesitz“ nicht wie eine Ironie klingt, sondern wo er wirklich existirt. Erst wählt er als Grundbesitzer im Lande überhaupt, dann wählt er als Grundbesitzer in den Gemeinden, dann wählen diejenigen seiner Mitglieder, welche keinen Besitz haben, aber natürlich im Sinne und zur Unterstützung des Standes, als gewöhnliche Gemeindeglieder, dann wählen seine Beamten, Pächter u. s. w. Im Landtag selbst ist er wieder in verschiedenen Kategorien vertreten. Und schließlich sitzt er im Herrenhaus, ohne Wahl erblich! Wir sollten denken, der Adel hat wenig Ursache, sich über die Schmerling'schen Landesstatute zu beklagen; von Kompromiß zu Kompromiß gedrängt, hat man damit geendet, ihm eine Prävalenz zu geben, die in Wirklichkeit noch viel größer ist als auf dem Papier, und wenn das Organ des adeligen Aktienvereins über Verrath schreit, so ist dies entweder eine Lartufferie oder der Ausdruck maßloser Aufgeblätheit, die mit dem Löwenantheil noch nicht einmal zufrieden ist, wenn man nicht gleichzeitig dabei ausruft: „Du bist der Löwe, der König der Thiere und dieses Alles ist Dein, weil Du aus einem andern Stande als die Andern bist: es ist die „Kontinuität“ Deines Rechtes, wie es in der altberühmten, im zwölften Jahrhundert gedichteten Chronik „Reineke der Fuchs“ des Nahren verzeichnet ist!“

Pesth, 2. März. [Pesti Naplo] über die Statute. Der „Ost. Post“ wird von hier geschrieben: „Pesti Naplo“ widmet den jüngsten Verfassungspublikationen heute abermals einen Leitartikel. Die liberalen Blätter sind endlich auf dem Punkte angelangt, einige Achtung für die praktischen Elemente derselben hinsichtlich der Regelung des Verhältnisses Ungarns zur Gesamtmonarchie zu empfinden. Sie fühlen, daß die Beschickung des Reichsrathes, wenn die Regierung sich unmittelbar an die Wählerkreise wendet, keineswegs so sehr zu den Unmöglichkeiten gehört, als man von gewisser Seite geltend zu machen sich bemüht. Es versteht sich von selbst, daß sie es für ihre „patriotische Pflicht“ halten, dem von vorn herein entgegenzuarbeiten. Wir unterschätzen auch keineswegs die Mittel, auf welche „P. N.“ heute hinweist, um das „Gefährliche des neuen Patents“ zu beseitigen. Wir wissen, daß die Komitate organisiert sind, wir kennen den Druck, den diese Behörden auf die öffentliche Meinung auszuüben fähig sein werden, wir hoffen aber auch, daß eine Regierungspartei da erstarken werde, welche den „friedlichen Ausgang“, dem „P. N.“ heute alle Zukunft abpricht, ermöglichen wird. „Als ich“, schreibt der Verfasser, „am 27. Februar in Wien anwesend war, war ich Zeuge der Gleichgültigkeit, mit welcher das neueste aus den Wiener Büreaux hervorgegangene Werk aufgenommen wurde; als ich jedoch gestern nach Pesth kam, sah ich staunend das Entsetzen, welches dieses Werk hervorbrachte. Ich halte weder die eine noch die andere Erscheinung für begründet. Der Werth der Institutionen ist durch die Menschen bedingt, welche dieselbe handhaben, und durch die Art und Weise, wie sie gehandhabt werden. Wenn die Erbprovinzen tüchtige Deputierte schicken werden, so kann sich aus dieser ottomantischen Charte trotz ihrer Fehler ein den Bedürfnissen entsprechender gesunder Organismus entwickeln, und wir wünschen den deutsch-slavischen Theilen der Monarchie auf ihrer konstitutionellen Laufbahn den besten Erfolg. In Ungarn aber sehe ich wieder das Entsetzen nicht begründet, denn nach dem Oktoberdiplom konnte man nichts Anderes erwarten. Die neue Verfassung ist Erweiterung des Oktoberdiploms und stimmt mit unseren Gesetzen so wenig überein wie dieses selbst. Wir aber sind dieselben, die wir vor acht Tagen waren. Wir haben die Komitate nicht den ottomantischen Verordnungen, sondern unseren Gesetzen und namentlich den 1848er Gesetzen gemäß reorganisiert, unser Landtag wird sich den 1848er Gesetzen gemäß konstituieren und die Rechte ausüben, welche ihm diesen Gesetzen gemäß zukommen. Das neue Patent könnte nur durch eigene Ungeschicklichkeit für uns gefährlich werden, wenn wir nämlich Denjenigen in die Hände arbeiten würden, welche jenen Artikel des Patents durchsetzen, demgemäß die Reichsrathsmitglieder in gewissen Fällen direkt von den Wählern gewählt werden. Dieser Fall würde aber wahrscheinlich eintreten, wenn wir, weil die pragmatische Sanction durch das neue Patent verletzt und keine Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich vorhanden ist, den am 2. April zu eröffnenden Landtag nicht beschicken würden; dann würden die Wiener Herren an die Wahlbezirke appellieren. Wenn wir den Landtag von uns weisen, auf dem allein eine geordnete Beilegung unserer Differenzen möglich ist, so wäre dies eine Uebertragung des Kampfes auf die Wahlbezirke und das Eingeständnis unserer politischen Unreife und Geistesarmuth. Der Erfolg hängt zwar nicht von uns ab,

aber wir müssen unsere Pflicht thun und unsere Pflicht ist es, nichts zu thun, was den Zusammentritt des Landtags verhindern könnte. Dann können wir die günstigere Wendung der Verhältnisse ruhigen Gemüthes abwarten.“

Großbritannien und Irland.

London, 3. März. [Die syrische Frage.] Betreffs der Diskussion über Syrien, die am 28. Febr. im Unterhause stattfand, sagt „Daily News“: „Die Reden von Fitzgerald, Ferguson und Layard zeigen, wie nothwendig es war, daß Lord John Russell sich über die Stellung der englischen Regierung bezüglich der französischen Okkupation Syriens aussprach. Die ernststen Anzeichen, welche die unmittelbaren Folgen dieser Okkupation sind, abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus der, von Seiten Russlands gegen die Türkei stille zwar, aber unablässig verfolgten Politik ergeben, machen auf alle Parteien ihren Einfluß geltend. Gleiche Verwaltung der Gerechtigkeit in Syrien ist eine Unmöglichkeit, so lange französische Truppen dort stehen, und es ist nur zu klar, daß durch ihre Anwesenheit und ihre Parteinahme für die Einen gegen die Andern, der Weg, wenn auch gegen Frankreichs Absicht, gebahnt wird zu revolutionären Ausbrüchen, die nach den Aussagen ihrer Agenten nach dem Abzuge ihrer Truppen stattfinden würden. Wie die Sachen jetzt stehen, ist es unmöglich, vorauszusagen, wann die Okkupation aufhören wird.“

[Tagesnotizen.] Der Hof kehrt am nächsten Freitag von Osborne nach Buckingham Palace zurück. Dem Vernehmen nach wird Prinz Ludwig von Hessen die Königin und die königliche Familie nach der Hauptstadt begleiten. — Der „Black Prince“, so heißt die zweite eisengepanzte Fregatte, die England bauen läßt, ist am Donnerstag, im Beisein einer ungeheuren Menschenmasse, auf dem Clydeflusse bei Glasgow vom Stapel gelassen worden. Sie wird als Muster der Schiffbaukunst gepriesen, soll 40 der schwersten Armstrongkanonen führen, bis zum Juni vollständig ausgerüstet sein und gleicht im Wesentlichen der früher beschriebenen, auf der Themse gebauten Eisenfregatte „The Warrior“. — Aus Trentham ist die Nachricht eingetroffen, daß der Herzog von Sutherland auf seinem dortigen Gute gestorben ist. Er war 75 Jahre alt.

London, 5. März. [Telegr.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses griff Hennessy die sardinische Politik, Layard die päpstliche Regierung an. Boney hält Frankreich und England für die über Italien zu fassenden Beschlüsse verantwortlich. Die Diskussion wird vertagt.

Frankreich.

Paris, 3. März. [Die Rede des Prinzen Napoleon] bildet das Ereigniß des Tages. Wer sie auch nur flüchtig durchliest, wird den Eindruck erklären finden, den sie auf die große Masse der Pariser Bevölkerung macht. In dieser Rede findet man die kaiserliche Politik ohne Umschweife, ohne diplomatische Reserven, in ihren letzten Zielpunkten geschildert, man findet den sogenannten demokratischen Imperialismus in feinen und schlagenden Zügen dargestellt. Im Senate selbst war die Aufregung, welche diese so wenig mißverständliche Demonstration hervorrief, nicht gering. Dem Prinzen standen dort die Kardinäle und eine Anzahl aristokratischer Namen gegenüber, welche es eben diesen Namen schuldig zu sein glauben, für die Legitimität eine Lanze zu brechen. Die Physiognomie der Versammlung soll eine sehr merkwürdige gewesen sein. Man war zuerst etwas bekümmert; aber den vereinzelten Bravourstücken einiger persönlichen Freunde des Prinzen folgten dann immer lauter und allgemeiner. Bei dem großen Publikum kommt es dem Prinzen schon sehr zu statten, daß seine Gegner gerade die Herren v. Carondelet und de Hecquen waren. Am wichtigsten in politischer Beziehung ist der letzte Theil der prinzipialen Rede, der die Lösung der römischen Frage ins Auge faßt. Hier dürfte wohl keine bloße Improvisation vorliegen, sondern vielmehr die Konklusion zu suchen sein, die man in der Lagueyronnière'schen Broschüre vermuthet: der Papst im Vatikan und in der Stadt des linken Ufer, Victor Emanuel im Quirinal als König von Italien. Vielleicht wird der römischen Kurie noch die Insel Sardinien als Domaine überwiesen; weiter gehen die Konzeptionen der Italiener schwerlich, und daß der Prinz Napoleon dies ausgesprochen, ist ein neues Symptom der nahen Lösung, welche die bischöfliche Agitation schwerlich aufhalten wird. (N. Z.)

[Tagesbericht.] Die Kardinäle wurden gestern von dem Kaiser empfangen. — Wie das „Pays“ meldet, hat die Türkei eine Verlängerung des Aufenthalts der französischen Truppen in Syrien bis zum 16. April vorgeschlagen, und wurde die Türkei sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung anheischig machen, sowie zur Exekution der gefällten Urtheile vor dem Abzuge der Truppen. — Herr v. Persigny hat an die Präfekten ein konfidentielles Rundschreiben erlassen, um ihnen genau ihr Verhalten in der gegenwärtigen Phase der bischöflichen Agitation vorzuschreiben. Vorgenstern empfing er die Gründer des neu autorisierten Journals „La France libérale“ und setzte ihnen seine leitenden Grundsätze in Betreff der Zeitungen auseinander. Das genannte Blatt gehört der gemäßigten orleanistischen Partei an. Den 25. März bezieht Persigny das Hotel Beaubou. — Herr Ganesco ist vorgestern von hier abgereist. Die Verlängerungsfrist seines Aufenthaltes in Paris war am 28. Februar abgelaufen. Er begiebt sich über Belgien in die Walachei. — Der Präfekt von Toulon, Vizeadmiral Jacquinet, ist hierher berufen und wird dort durch den Vizeadmiral Bouet-Willamez ersetzt werden. Der Hafen von Toulon soll gründlich gereinigt und auf eine Normaltiefe von 12 Metres gebracht werden, so daß die größten Schiffe dort einlaufen können.

[Neues Cerealiengeſetz.] Der „B. Z.“ gehen Mittheilungen über den im Staatsrath berathenen Entwurf eines Cerealiengesetzes zu, das an die Stelle der bisher geltenden Schelle mobile zu treten bestimmt ist und dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden soll. Der Entwurf spricht die vollständige Aufhebung der Gesetze vom 15. April 1832 und vom 26. April 1833 aus, ferner der noch in Kraft befindlichen Dispositionen der Gesetze vom 6. Juli 1819, 4. Juli 1821 und 20. Okt. 1830. Getreide aller Art, Hülsenfrüchte, Kastanien, Brod und Schiffsweiback, Reis, Sago und Kartoffeln und eine Anzahl ähnlicher Nahrungsmittel ist von jeder Ausfuhrsteuer frei. Die Eingangszölle sind wie folgt festgelegt: Weizen auf französischen Schiffen für 100 Kilo 50 Ct. in Körnern, 75 Ct. in Mehl; auf fremden Schiffen 1 Fr. 50 Ct. in Körnern, 1 Fr. 75 Ct. in Mehl; zu Lande bei europäischem Produkt 50 Ct. resp. 75 Ct., bei außereuropäischem 1 Fr. 50 Ct. resp.

1 Fr. 75 Ct. Roggen, Mais, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Maronen, Kastanien, Perl- und andere Graupen und ähnliche Cerealien, auf französischen Schiffen, abgabefrei, auf fremden Schiffen 1 Fr. pr. 100 Kilo; europäisches Produkt bei der Einfuhr zu Lande frei, nichteurop. 1 Fr. Körner und Mehl vom Auslande können in entrepôt fictif genommen werden.

[Aus dem Senat.] Nach dem Schluß der Rede des Prinzen Napoleon entspann sich noch eine persönliche Debatte zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Marquis Carondelet, die stellenweise sehr bitter wurde. Namentlich bemerkte Legterer auf eine frühere Bemerkung des Prinzen über den Ursprung der Senatorenwürde durch selbständige kaiserliche Ernennung, daß, wenn man Jeden fragen dürfte, wo er herkomme, er diese Frage an andere Leute in diesem Saale richten könne. Gewisse Anspielungen könne er überhaupt nicht annehmen, und es sei leicht, die alten Parteien zu Sündenböcken für die Bedürfnisse seiner Sache zu machen. — Auch Baron Hecquen fand sich veranlaßt, sich über den ihm von dem Prinzen gemachten Vorwurf, ein Reaktionär zu sein, zu erklären. Er sei noch ganz derselbe Reaktionär, wie damals, als er die Politik des Prinz-Präsidenten vertheidigt habe. In der gouvernementalen Maschine habe auch die Reaktion ihren Werth; wenn die Regierung liberaler sein wolle, als der Senat, so möge es sein. Schließlich betheuerte aber der Redner, daß, wenn, was Gott verhüten möge, ein Tag der Gefahr für das Land und den Kaiser erscheinen sollte, er hinter dem Prinzen, so weit er auch vorangehen möge, nicht zurückbleiben werde.

[Die Senatsdebatten.] Man findet die Sprache der beiden Kardinäle Erzbischöfe von Besancon und Bordeaux in der gestrigen Senatsdiskussion gemäßigter, als man es erwartet. Namentlich hätte man gedacht, daß Mgr. Mathieu mit schärferen und eindringlicheren Gründen, als mit Zitaten aus Grotius, Pufendorf und Komp. die Nothwendigkeit einer französischen Intervention zur absoluten Restauration der weltlichen Herrschaft des Papstes nachweisen würde. Gegen den Prinzen Napoleon ließ sich jedoch der Erzbischof von Bordeaux sehr scharf aus. Die politische Bedeutung dieses Angriffs, in Form einer Vertheidigung, wird jedoch durch die kurz vorangegangene Erklärung des Herrn Billault sehr abgeschwächt, worin dieser hervorhob, daß die Politik und die Ansichten der kaiserlichen Regierung nur durch ihre offiziellen Organe, die Kommissare und Minister ohne Portefeuille, im Senate vertreten seien. Der Kaiser hat übrigens seinem Vetter einen sehr liebenswürdigen Brief geschrieben, ihm darin zu seinem Auftreten Glück gewünscht, jedoch dabei mehrere Ausstellungen an der Rede gemacht. Der Prinz ist jetzt der Mann des Tages; das Palais Royal wimmelt von Aufwartenden. Als Gegendemonstration macht die liberale Partei Besuche über Besuche bei Baron Hecquen, da Marquis Carondelet trotz seiner Bemühungen für die Sache des heiligen Vaters im Faubourg St. Germain noch nicht amnestirt ist.

[Zur italienischen Frage.] Der „R. Z.“ wird von hier geschrieben, daß die französische Regierung im März weniger einen Angriff von Seiten Garibaldi's Venetiens halber auf Venedig fürchte, obgleich man wisse, daß Garibaldi plötzlich Caprera verlassen und in Mailand eine Zusammenkunft mit italienischen und ungarischen Patrioten gehabt habe, sondern vielmehr, so abenteuerlich es auch klingt, man befürchtet einen Angriff von Seiten Oesterreichs, und wie man sagt, sollen die Rathschläge und Versprechungen gewisser deutscher Höfe nicht ohne Einfluß auf die Absicht Franz Josephs, Va banque zu spielen, geblieben sein. Der Korrespondent erklärt hieraus auch den plötzlichen Entschluß des Königs Franz, in Rom zu bleiben, und dessen Aeußerungen beim Abschiede von seinen Soldaten vom baldigen Wiedersehen, und fügt hinzu: „Halten Sie gefälligst vorstehende Mittheilung mit den im Senate von Herrn Pietri gesprochenen Worten zusammen und urtheilen Sie dann darüber, was die hiesige Regierung von der bevorstehenden Krisis denkt. In dem von der französischen Regierung dem gesetzgebenden Körper unterbreiteten Blaubuch befindet sich ein Brief des diesseitigen Geschäftsträgers in Madrid, Ferd. Barrot, worin dieser Herrn Thouvenel über eine Konversation mit dem spanischen Minister des Auswärtigen in Betreff der römischen Frage Bericht abstattete. Dem Briefe zufolge hätte Hr. Collantes die französischen Transaktionsvorschläge durchaus gebilligt und sich in entschieden tadelnder Weise über die Hartnäckigkeit des päpstlichen Hofes ausgesprochen. Legterer Theil der Aussage des Hrn. Barrot wird nunmehr von dem spanischen Minister ganz und gar in Abrede genommen, und ist die Stellung des französischen Gesandten in Madrid dadurch so schwierig geworden, daß dessen Abberufung in kürzester Frist zu erwarten steht.“

[Die orientalische Frage] fängt an, alle anderen in den Hintergrund zu drängen (vergl. unsere Pariser Originalkorresp. in Nr. 53. D. Red.). Der hiesige Minister des Aeußern soll sich bei mehreren Gelegenheiten und auch dem Abbe Lavigerie gegenüber dahin ausgesprochen haben, daß Englands Widerstand gegen die Fortdauer der syrischen Expedition die Lösung der orientalischen Frage höchst wahrscheinlich beschleunigen werde. Falls, so soll er sich geäußert haben, es England gelingt, die Eifersucht der übrigen Staaten zu erregen, und wir gezwungen werden, Syrien zu verlassen, so wird es wieder zum Kriege gegen die Maroniten kommen; Frankreich und Rußland werden dann genöthigt sein, sich wegen der Lösung der orientalischen Frage zu einigen.

Paris, 5. März. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ enthält einen Bericht des Justizministers Delangle über Mirès. In demselben heißt es: Dem Kaiser seien Gerüchte bekannt geworden, daß Mirès durch Protektion gerettet werden solle und daß die Regierung den Skandal unterdrücken werde. Der Justizminister sagt, man könne nicht dulden, daß man eine ehrenhafte Regierung für fähig halte, sie werde einen Schleier über eine Handlung werfen, die dem Strafrechte unterliegt. Die Instruktion des Prozesses wird mit Sorgfalt geführt. Delangle erklärt schließlich, die Gerechtigkeit werde einschreiten, wenn solche Verschuldigungen wider Erwarten nicht aufhören sollten.

Niederlande.

Haag, 2. März. [Ministerkrisis.] In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer kündigte der Minister des Innern an, daß die Räte der Krone unter den gegebenen Umständen dem Könige zu erkennen gegeben hätten, sie könnten zum Nutzen des Landes die Regierung nicht länger führen und ersuchten Se. Maj. ein anderes Kabinet zu bilden. Man erwartet ziemlich allgemein,

das Herr Thorbecke mit der Zusammenstellung des neuen Ministeriums beauftragt werden wird. (R. Z.)

[Mißbräuche in den niederländischen Kolonien.] Das „Batavische Handelsblatt“ berichtet aus Tagal (niederländische Residentenschaft auf der Ostküste von Java): Hier ist gegenwärtig von der Behörde ein neuer Mißbrauch eingeführt worden, nämlich das Hutabnehmen vor einem Flaggenstock. Dieser Stock ist vor der Wohnung des holländischen Residenten aufgezogen, und jeder Chinese, der es veräumt den, den Stock mit entblößtem Haupte zu begrüßen, wird mit acht Tagen Gefängnis oder zwanzig Stockschlägen bestraft. Erstgenannte Strafe wurde noch jüngst an einem fremden chinesischen Schiffsführer vollzogen, der mit der neuen Erfindung gänzlich unbekannt war und dessen Schiff, obgleich bereits ausgelastet, dadurch acht Tage länger angehalten wurde. Die meisten anständigen Chinesen haben daher schon die Gewohnheit angenommen, entblößten Hauptes einherzugehen, aus Furcht, die Ehrenbezeugung vor dem Stocke vergessen zu können oder andere Stöße nicht zu bemerken, deren Heiligkeit gleich streng gehandhabt werden möchte. Es besteht, wie es heißt, die Neigung bei der Behörde, den erwähnten Mißbrauch auch auf die Europäer für anwendbar zu erklären. Wir wünschen, sagt das „Batavische Handelsblatt“, über diesen Vorfall noch eine kurze Zeit lang das Stillschweigen zu bewahren, weil wir Grund zu glauben haben, die Justiz werde sich der Sache annehmen, in welchem Falle es eine persönliche Frage bleiben würde, während sie anders, viel mehr als die verächtliche Aussetzung des Herrn van Bliet, eine Sache von allgemeinem Interesse werden möchte.

Belgien.

Brüssel, 3. März. [Graf von Liederkerke] ist vorgestern hier gestorben; er hatte ein Alter von 80 Jahren erreicht.

Schweiz.

Bern, 3. März. [Unglücksfall.] Nach einer telegraph. Depesche der „Hamb. Nachr.“ stürzte in der Nacht zum 3. ein Engländer, Hauptmann Dork, in Bern in die Bärengrube. Nach einstündigem Kampfe mit dem größten Bären ist der Engländer, jämmerlich zerfleischt, an Verblutung gestorben.

Italien.

Turin, 27. Febr. [Die Verhandlungen mit Rom.] Die Mission des P. Passiglia ist insofern nicht ohne Erfolg geblieben, als Graf Cavour sich bereit zeigte, einige Klöster in den Marken und Umbrien, die unterdrückt werden sollten, aus Rücksicht für historische Erinnerungen oder gemeinnützige Zwecke bestehen zu lassen. Sonst aber dürfte P. Passiglia nach Rom die Ueberzeugung gebracht haben, daß auf politischem Felde jedes Verständniß unmöglich ist. Er hatte mit dem Grafen Cavour eine dreistündige Unterredung, in welcher der italienische Minister in allen streng geistlichen Angelegenheiten dem Papste und dem Klerus die unbeschränkte Freiheit zuzugestehen sich geneigt erklärte, aber sonst jede Einmischung der Kirche entschieden ablehnte. (R. Z.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 28. Februar, meldet man der „Allg. Ztg.“: Franz II. und Königin Marie werden vor Ostern Rom nicht verlassen.

Aus Neapel, 28. Febr., wird der „Allg. Ztg.“ gemeldet: Dem Erzbischof-Kardinal Sforza wurden von bezahltem Gefinde wiederholt die Fenster eingeworfen.

Die in Messina verhafteten und nach Turin gebrachten drei französischen Offiziere mußten auf erhaltenen Befehl aus Frankreich, wie man der „Allg. Ztg.“ unter dem 1. März meldet, freigelassen werden.

Rußland und Polen.

Warschau, 2. März. [Die Ruhestörungen.] Der „Schl. Z.“ wird geschrieben: Nachdem wir die russischen Versionen über die Ereignisse der letzten Tage kennen, gestatten Sie wohl auch der polnischen einen Raum in Ihrem Blatte. Nach meinem Gewährsmann, dessen Aussagen bezüglich der Ereignisse vom 25. Februar von Augenzeugen bestätigt sind, tauchte schon zu Ende v. J. der Gedanke auf, den Jahrestag der Grochower Schlacht durch eine religiöse Feier zu begehen, und bald sprach man überall davon und glaubte selbst, daß der Kaiser die Feier zulassen wollte. Man ging noch weiter und verbreitete sogar die Nachricht, daß der Kaiser sogar befohlen habe, daß auch die russische Armee einem Trauergottesdienst für die in jener Schlacht gefallenen Russen beiwohnen solle, der auf den Grochower Feldern stattzufinden hätte. Kurz vor dem 25. Februar wurden (wie bereits mitgeteilt) an Häusern und auf Straßen gedruckte Zettel gefunden, worin die Einwohner zu einer Prozession durch die Stadt von der Pauliner- oder heiligen Geistkirche aus nach dem dort jeden Montag in der Fastenzeit Abends gegen 6 Uhr stattfindenden Gottesdienst eingeladen wurden. Diese Prozession sollte sich durch die Taubenstraße über den Altmarkt nach der Krakauer Vorstadt und Neuen Welt bis zur Alexanderkirche bewegen. Die Karten enthielten noch die Bemerkung, das Publikum möchte sich, zur Vermeidung allzu großen Gedränges, auf dem Altmarkt versammeln, und in mehreren Gewölbten kaufte man Fackeln und Lichter zur Prozession. Am 25. begaben sich Scharen von Menschen über die Brücke bis an den Grochower Schlag, um der befohlenen Cerimonie beizuwohnen, zu der angeblich alle Anstalten getroffen waren; allein die Polizei ließ Niemand zum Schlage hinaus und von auswärts Ankommende nur gegen Vorzeigung des Passes ein. Doch hörte man hier zugleich, daß in Grochow keine Vorbereitungen zu einem Feldgottesdienst getroffen seien. Auf dem Altmarkt wurde Nachmittags auf Befehl und unter Aufsicht der Polizei gekehrt und die dort stehenden Verkaufsstände und Wagen auf die Seite geschafft, was das Volk in der Meinung bestärkte, die Polizei werde die Ordnung bei Gelegenheit der Prozession überwachen. Die Kirche und ihre Umgebung war überfüllt von Leuten, und auf dem Altmarkt wollte man bereits auf die Meldung der Polizei, daß die Prozession nicht stattfinden würde, auseinandergehen, als von der Taubenstraße her Licht und der Gesang „Heiliger Gott, erbarm dich über uns“ zc. vernehmbar wurde. Natürlich blieb nun Alles baarhauptig stehen und sang mit. Die Prozession ging über den Altmarkt nach dem Schlosse zu, als aus der St. Johannisgasse eine Abtheilung Gendarmen zu Pferde hervorbrach und die Herankommenden von beiden Seiten einschloß. Das Volk machte den Gendarmen so viel als möglich Platz und sang und schritt

weiter; da griffen die Gendarmen das Volk mit bloßen Säbeln an, hieben ein, rissen die Fahnen, unter denen man eine polnische bemerkt haben will, herunter, löschten Fackeln und Lichter aus und ritten über mehrere Menschen hinweg, wobei sie von Dragonern unterstützt wurden, die von der entgegengesetzten Seite auf den Marktplatz gekommen waren, so daß das waffenlose Volk, größtentheils aus Weibern bestehend, zwischen zwei Feuer genommen, auseinanderstob und ein unbeschreibliches Geschrei und eine vollständige Verwirrung entstand. Hierbei wurden einige Personen getödtet (wie viele weiß man nicht; nur eine Frau wurde am 27. begraben) und, soweit man von den umwohnenden Feldsherren in Erfahrung bringen konnte, über zwanzig schwer und eine Menge andere leicht verwundet, endlich gegen zwanzig Arrestirungen vorgenommen. Inzwischen hatten die auf der Johannisgasse und auf dem Schloßplatz verammelten Haufen ruhig auf die Prozession geharrt, und erst durch einige Personen, denen es gelungen war, sich aus den von den Gendarmen abgesperrten Straßen zu retten, erfuhren sie die traurigen Begebnisse. Trotzdem verhielten sich Alle ruhig und, um der Polizei jeden Vorwand zur Einmischung zu benehmen, legten sogar die mit Spazierstöcken versehenen Männer dieselben ab. Indessen kam es hier zu keinen weiteren Scenen. Daß man inzwischen vor dem Schlosse, vor dem Statthalterpalast, wo der landwirthschaftliche Zentralverein berieth, und an anderen Orten Militärabtheilungen aufstellte, Patrouillen von Gendarmen und Kosaken die Straßen durchsprengten (erstere mit gezogenen Säbeln), daß man um 9 Uhr die Soldaten zurückzog und der Abend ruhig verlief, ist schon gemeldet. Nur der Altmarkt blieb von Gendarmen und Polizei gesperrt, so daß selbst Anwohner derselben nicht nach Hause gelangen konnten. Am nächsten Morgen wurden die Blutsflecken rein gekehrt und mit Sand bestreut. Wie oben erwähnt, ist die Zahl der Getödteten, Verwundeten und Arrestirten nicht mit Bestimmtheit festzustellen. Namentlich hatte man es auf die Akademiker und Schüler abgesehen, welche von der Regierung als die Hauptaufwiegler betrachtet zu werden scheinen, und die Verwundeten hatten ihre Wunden meist auf dem Kopfe, da sie ihre Hüte und Mützen abgenommen hatten, oder an den Armen, mit denen sie sich gegen die Hiebe hatten schützen wollen. Daß man den Angaben der Polizei nicht trauen kann, ergibt sich am Besten aus der Vergleichung ihrer Proclamation vom 26. mit vorstehendem Sachbestand. Eigenthümlich ist namentlich die Versicherung, daß Prozessionen verboten seien, da sie doch seit den ältesten Zeiten in ununterbrochenem und unbestrittenem Gebrauche waren. Hiernach habe ich meine früheren Berichte ergänzen wollen.

Warschau, 3. März. [Zu den Unruhen.] Gegen den General Zablocky, auf dessen Kommando, dem „Gaz.“ zufolge, am 27. Februar angeblich ohne vorhergegangene Verwarnung der auf den Straßen verammelten Menge, ohne eine an sie gerichtete Aufforderung zum Auseinandergehen dreimal Feuer gegeben worden sein soll, ist, wie demselben Blatte mitgetheilt wird, vom Fürsten Statthalter eine Untersuchung eingeleitet. Die Leichen der an jenem Tage Gefallenen wurden, nach eben dieser Mittheilung, von dem Volke theils nach dem Hotel de l'Europe, theils zum französischen Konjul, theils in die Wohnung des Präsidenten des landwirthschaftlichen Zentralvereins, Grafen Zamoycki, getragen. Letzterer war bemüht, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, und begab sich dann zum Statthalter, von dem er die Zusage erhielt, daß Gerechtigkeit geübt werden solle. Auch wurden sofort zwölf Verhaftete freigegeben, der Oberpolizeimeister Oberst Treppoff seines Amtes enthoben und durch den Oberst Demonceal ersetzt. — Der „BZ.“ entnehmen wir noch Folgendes: Die ganze Bevölkerung, Groß und Klein, aus allen Volksklassen, war gestern von früh 8 Uhr durch den Leichenzug in Anspruch genommen. Die Feier ging, trotzdem die Straßen überall von den Massen als Zuschauer oder Trauergeleite überfüllt waren, in bester Ordnung und größter Ruhe ganz streng nach dem bekannt gemachten Programm vor sich. Bemerkenswerth ist, daß sich den ganzen Tag weder Polizei noch Militär irgendwo hat sehen lassen; nur die Bürger haben die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten; an den Straßenenden waren von dem Bürgerkomitee Bekanntmachungen angeheftet, in denen gesagt war, daß wer es wagen sollte, heute sich mit Gewehr sehen zu lassen, als Landesverräther behandelt werden würde. — Wie die „H. R.“ über Paris erfahren, erstreckt sich die Aufregung in Polen auch auf die Städte Lublin, Plock und Augustowo. (Näheres darüber ist sonst nirgend mitgetheilt. D. Red.)

Die mehrerwähnte Bürgerdeputation der Stadt hat heute Folgendes bekannt gemacht: „Gestern hat das Begräbniß der am Mittwoch gefallenen Opfer stattgefunden, gestern hat die ganze Bevölkerung bewiesen, daß sie begreift, was ihre Pflicht gegen das Land ist; Jeder hat sie erfüllt, Jeder ohne Unterschied. Durch ein und dasselbe Gefühl verbunden, haben wir den Gefallenen den Abschiedsgegnen gegeben. Brüder! Dieses Pflichtgefühl möge auch ferner in jedem Augenblick uns leiten.“

Der landwirthschaftliche Zentralverein hat seinerseits noch gestern folgende, von seinem Präsidenten Grafen Andreas Zamoycki und seinem Sekretär Wladislaus Garbinski unterzeichnete Dankagung publizirt: „Im Namen aller Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins dankt das Komitee des Vereins euch, edle akademische und Schuljugend, für eure eifrige Mitwirkung zur Erhaltung der Ordnung bei der heutigen traurigen und so feierlichen Cerimonie der Bestattung der irdischen Ueberreste der am 27. d. gefallenen Opfer, unter denen sich auch einige Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins befanden. Ihr habt durch euer Verhalten alle die Eigenschaften gezeigt, welche für die Zukunft aus euch würdige und nützliche Bürger des Landes machen werden, das wir mit euch von ganzer Seele lieben, und dem zu dienen eines Jeden heilige Pflicht ist.“

Der „Kurjer Warszawski“, der sein heutiges Blatt mit der Erklärung eröffnet, daß er gestern „der nationalen Trauerfeierlichkeit wegen“ nicht erschienen sei, bringt heute als ersten Artikel, mit einem Kreuz an der Spitze, eine Beschreibung des Leichenbegängnisses, welche mit den Worten beginnt: „Schwere Schmerzensstränen, Thränen trauriger Erinnerungen weiheten die gestrige Cerimonie, welche in musterhafter Ordnung und mit religiöser, einem so großen Ereigniß entsprechender Feierlichkeit stattfand.“ Vier der Leichen waren, diesem Bericht zufolge, vorgestern vom Hotel de l'Europe, die fünfte (die des Schülers Michael Archewicz) aus der Wohnung des Grafen A. Zamoycki nach der Kreuzkirche gebracht worden. So lange die Särge dort aufgestellt waren, strömten Tau-

fende von Menschen nach dem Gotteshause. Gestern wurde daselbst vom Erzbischof Skalkowski ein Todtenamt gehalten, bei welchem die Zöglinge des hiesigen Musikinstituts in Verein mit den Sängern der Oper ein Requiem von Stefani unter dessen Leitung ausführten. Als der Erzbischof den Segen gesprochen hatte, setzte der Leichenzug sich, unter Führung des Bischofs Plater, in der Ordnung, wie das (gestern erwähnte) Programm es festgestellt hatte, in Bewegung. Die ganze Geistlichkeit, ohne Unterschied der Konfessionen, nahm daran Theil, und der Zug des Leichenzuges war unabsehbar. Zu beiden Seiten der Linie, welche der Leichenzug nahm, hatte sich eine dichte Volksmenge aufgestellt, doch kam nicht die geringste Störung der Ordnung vor. Die Spitze des Zuges bildeten vier Mann von der Feuerwehr mit ihrem Brandmeister zu Pferde, und hinter diesem ritt der neue Polizeipräsident, Generalmajor Marquis Paulucci, der überall vom Publikum achtungsvoll begrüßt wurde. Unter einer Trauermusik mit Gelang fand die Beerdigung auf dem vor der Stadt gelegenen Powonsker Kirchhofe statt. — Der Staatssekretär beim Administrationsrath des Königreichs Polen, Wirkliche Staatsrath Karnicki, ist nach Petersburg abgereist.

Türkei.

Belgrad, 24. Februar. [Mißhandlung der Christen in Bosnien.] Dem „Wanderer“ wird von hier geschrieben: „Aus Bosnien erfährt man schauerhafte Scenen von Mißhandlung der Christen durch die Türken, vorzüglich bei der Eintreibung der Steuern. Unter Anderem ist dort eine neue Steuer „Istira“ eingeführt worden, welche in der Ablieferung gewisser Naturabgaben besteht und zu willkürlichen Marktpreisen übernommen wird. Nach der Ablieferung wird den Steuerpflichtigen bedeutet, daß dieses eine Abstattung der früheren Schuldigkeit sei, und daß von dem Raja erst bei der nächsten Istira eine Ausbezahlung baar geleistet werden wird. Diese Art Erpressung betrachtet man als den Ruin vieler christlichen Familien. Von der Südgrenze Serbiens meldet man, daß 70 Lasten Pulver nach Mostar abgegangen und einige Christen, in Ketten geschmiedet, nach Konstantinopel abgeführt sind, angeklagt des Hochverraths.“

Mostar, 25. Febr. [Raubzüge der Montenegriner.] Der türkischen Gesandtschaft in Wien ist von hier folgender offizieller Bericht des ottomanischen Kommissars in der Herzegowina zugegangen, der in österreichischen Blättern veröffentlicht wird: „Ein Ereigniß, nicht minder gräßlich als dasjenige, welches ich Ihnen in meiner Depesche vom 5. Februar meldete, hat sich in der Stadt Bihor des Distrikts von Seni-Bazar zugetragen. Die Aufständischen dieses an der montenegrinischen Grenze gelegenen Distrikts haben, 5000 Mann stark, unterstützt von vielen Montenegrinern, am 1. Chaban jene Stadt überfallen, mehr als 50 der mohamedanischen Einwohner getödtet, darunter mehrere Frauen, an denen sie alle Arten von Gräueln verübt haben; sie haben die Häuser geplündert und schließlich angezündet. Gleiches geschah am 4. Chaban in dem Dorfe Garbovich, Distrikt Kotcha. Die Geschichte hat nichts aufzuweisen, was mit den Schandthaten dieser Barbaren zu vergleichen ist; sie schonen weder Alter, noch Geschlecht; ihre Wuth kennt keine Grenzen. Eure Excellenz kann sich die fürchterliche Lage dieser Unglücklichen vorstellen, welche ohne Provokation täglich die Opfer jener Barbaren sind, welche sie in dem größten Elend zurückgelassen haben.“

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 19. Febr. [Beschlagnahme revolutionärer Schriften.] Vor einigen Tagen waren zwei Garibaldianer mit sardinischen Pässen in Bukarest eingetroffen. Die Polizei erhielt Anzeige hiervon (freilich waren die Residenten verschiedener Mächte auf anderm Wege auch davon unterrichtet), ließ eine Durchsuchung vornehmen und belegte 2000 Exemplare einer vom Revolutionskomitee gefertigten, in französischer Sprache verfaßten und auch zum Einschmuggeln nach Desterreich bestimmten Proclamation: „Aux peuples de l'Italie et du dehors“ mit Beschlagnahme, worin zur vollständigen Befreiung Italiens Eisen und Gold, vorzüglich aber letzteres beansprucht wird.

Bukarest, 22. Febr. [Die Auflösung der gesetzgebenden Versammlung.] Nach Wiener Berichten gab den Anlaß zur Auflösung der gesetzgebenden Versammlung eine Stelle der von der Versammlung beschlossenen Antwortadresse, worin die Unruhen in Gajova und Plojeß als unerheblich bezeichnet werden und die Schuld daran lediglich den Lokalbehörden aufgebürdet wird. Das Ministerium des Fürsten Couza sah in dieser Erklärung einen verfassungswidrigen Eingriff der Versammlung in die der vollziehenden Gewalt zuerkannten Vorrechte und beantragte daher die Auflösung des gesetzgebenden Körpers, welche denn auch, wie bereits gemeldet, von dem Fürsten verfügt wurde. Die Versammlung hatte erst seit dem 29. November v. J. getagt; allein schon während dieses kurzen Zeitraumes entwickelte sich zwischen ihr und dem Ministerium ein so erheblicher Zwiespalt, daß man nicht zweifelte, Fürst Couza werde seine Räte sämmtlich entlassen oder wenigstens zum Theil durch beliebtere Persönlichkeiten ersetzen. Die Maasregel, welche der Fürst anstatt dessen an einem Tage ergriff und ausführte, hat in der walachischen Hauptstadt den übelsten Eindruck gemacht, wie denn die Popularität, deren sich Couza zur Zeit der Doppelwahlen erfreute, längst einer immer zunehmenden Mißliebigkeit Platz gemacht hat. Der Fürst soll sich selbst das Ungünstige seiner Stellung nicht verhehlen; aber wenn es wahr ist, wie man meldet, daß das Ministerium damit umgeht, durch Fällung der Wählerlisten sich der oppositionellen Deputirten zu entledigen, so würde die Regierung des Fürsten in der dann höchst wahrscheinlichen Verbindung der Bojaren mit der revolutionären Partei nur einen so kompakteren Widerstand finden. (Schl. Z.)

Amerika.

Newyork, 13. Febr. [Kongreßverhandlungen; der neue südliche Bund.] Im Senate der Vereinigten Staaten fand vorgestern eine lebhafte Debatte auf Anlaß des Marinebudgets statt, zu welchem Herr Hale (ein Republikaner aus New-Hampshire) das Amendement stellte, daß 1,200,000 D. zum Bau von sieben neuen Dampfkriegsschiffen bewilligt werden sollten. Herr Mason von Virginien wandte gegen das Amendement ein, daß die Sloops möglicherweise gegen die Separatisten verwandt werden würden, worauf von Seiten der Republikaner erwidert wurde, daß sei auch gerade der Zweck der beantragten Vermehrung der Flotte und Herr Jefferson benutzte die Gelegenheit, um ausdrücklich zu erklären, daß, wenn die Zeit gekommen sei, zur Aufrechterhaltung der Vereinigten Staaten Gewalt anzuwenden, man ihn dazu vollkommen bereit finden werde. Gestern wurde alsdann auf Grundlage des Beschlusses des Ausschusses, an welches das Amendement Hale verwiesen worden war, die Summe von 1,200,000 D. zum Bau von 7 Sloops mit 27 gegen 17 Stim-

men votirt. — Im Repräsentantenhaus brachte vorgestern Herr Graze, ein Demokrat aus Nord-Karolina, eine Resolution ein, dergemäß der Präsident mit Rücksicht darauf, daß es wünschenswerth sei, Friede und Freundschaft mit dem Süden aufrecht zu erhalten, aufgefodert werden soll, den südlichen, gegenwärtig aus den Staaten Süd-Karolina, Georgia, Alabama, Mississippi, Louisiana und Florida bestehenden Bund als solchen anzuerkennen, sobald derselbe ihm amtlich notifizirt sei. — Auf den Antrag des Republikaners Palmer aus Newyork wurde mit 116 gegen 4 Stimmen beschlossen zu erklären, „daß weder der Kongreß noch das Volk oder die Regierungen der nicht-Sklaven haltenden Staaten verfassungsmäßig berechtigt seien, über die Sklaverei in den Sklaven haltenden Staaten Gesetze zu erlassen oder sich in anderer Weise einzumischen“. — Der Senat ist zu einer am 4. März abzuhaltenden Sitzung einberufen, in welcher es sich zunächst nur um die Bestätigung der von Herrn Lincoln zu ernennenden Rabinetsmitglieder handeln wird. — Der neue südliche Bund, von dem 35. Grade nördlicher Breite, dem 104. Grade westlicher Länge und der Golfküste vom Kap Fear bis zum Rio Grande del Norte umgrenzt, gewinnt noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß er mittelst der ihm angehörenden Staaten Mississippi, Louisiana und Arkansas den Mississippi fünfhundert Miles flussaufwärts von der Mündung an beherrscht. Die in Montgomery angenommene provisorische Verfassung des neuen Bundes ist die bisherige Unionsverfassung mit einzelnen durch die Umstände gebotenen Abänderungen. So wird die Verfassung der „konföderirten Staaten von Amerika“ im Namen der „Deputirten der souveränen und unabhängigen Staaten“ proklamirt, während die alte Verfassung im Namen des Volkes der „unirten Staaten“ gegeben worden ist. Demgemäß wird auch überall im Text der neuen Verfassung das Wort „unirt“ durch „konföderirt“ und das Wort „Union“ durch „Konfederation“ ersetzt. Im Uebrigen zeichnet sich die neue Verfassung dadurch aus, daß sie die Dinge beim rechten Namen nennt und die geeigneten Mittel für die Zwecke der Sklavenstaaten aussucht. Es ist jetzt ganz einfach von „Sklaven“, nicht mehr von „arbeitspflichtigen Personen“ die Rede und die Bestimmungen über die Verfolgung flüchtiger Sklaven sind viel strenger, als in der Unionsverfassung. Die Exekutivbehörde des Staates, in dem sich der Flüchtling befindet, hat für die Auslieferung Sorge zu tragen und dem Herrn eines entführten Sklaven sind Entschädigungsansprüche vorbehalten, die den Werth des Sklaven und alle Kosten und Ausgaben der Verfolgung umfassen und für welche der Staat, aus dem der Sklave entführt worden ist, aufzukommen hat. — In Savannah ist ein englischer Schiffskapitän gefesselt und getheert worden, weil er einen Neger, der an Bord seines Schiffes als Sklave beschäftigt war, aufgefodert hatte, mit ihm zu Mittag zu essen. Der britische Konsul in Savannah hat eine Belohnung von 1000 Dollars, der Mayor von Savannah eine Belohnung von 500 Dollars auf die Entdeckung der Thäter gesetzt.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 5. März. [20. Sitzung.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm bei der Generaldiskussion über die Grundsteuerentwürfe zuerst das Wort Abg. Wagener (Regenwalde), um sofort noch einmal die prinzipiellen Bedenken gegen das Gesetz auszusprechen. Zu konstatiren sei, daß die jetzige Vorlage Verbesserungen der früheren gegenüber enthalte, daß man jetzt besser sage, was man will, und daß jetzt die Zusammengehörigkeit dieser Vorlagen mit der Militärfrage entschieden dementirt ist, da die Termine, wo die Steuern zur Ausführung kommen sollen, bis auf den 1. Januar 1865 hinausgeschoben ist. Der Vorlag des Herrn v. Arnim habe selbst in liberalen Kreisen Beachtung gefunden. (Guten rechts.) Die 25% Zufußlag werden mit den jetzigen Vorlagen noch 5 Jahre bezahlt werden müssen. Die Grundsteuer ist die schlechteste Steuer, die es geben kann, sie besteuert, was dem Grundbesitzer gehört und was ihm nicht gehört. Grade gegenüber der Armerorganisation muß das Grundvermögen als letzte Reserve für Katastrophen dienen. Daß für Staatsbedürfnisse die Grundsteuer eine schlechte Steuer sei, haben alle englischen Staatsmänner behauptet. Diese Gesetzentwürfe nehmen eine durchaus widersprüchliche Stellung ein, diese Gesetze befriedigen Niemanden; finanziell werde man nicht erreichen, was man will, denn es sei nicht ausgemacht, daß man während 4 Jahren sich eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Wir haben kein unbedingtes Vertrauen zu Herrn v. Patow, aber wir würden Herrn v. Patow ein Vertrauensvotum geben, wenn wir wüßten, daß wir Herrn v. Patow noch 4 Jahre als Minister besitzen würden. Das Feuer brennt noch nicht unter dem Stuhl, aber man will doch schon etwas Rauch bemerkt haben. Man hätte die ganze Sache mit einem Gesetze von 2 Paragraphen abmachen können. §. 1: Die Grundsteuerbefreiungen werden aufgehoben; eine Gebäudesteuer wird eingeführt. §. 2: Der Finanzminister v. Patow ist mit Ausführung des Gesetzes beauftragt. — Die ganze Situation ist falsch, weil die Regierung von vornherein von falschen Vorderfragen ausgegangen ist. Was die Individualvertheilung betrifft, so wird dieselbe sich nicht so leicht und gemächlich abtun lassen, da erst wird die politische Seite der Frage in den Vordergrund treten. Auch die westlichen Provinzen werden durch die jetzigen Vorlagen merklich abgeführt sein, und die neuen Gesetze werden überall eine große Agitation hervorgerufen. Der Redner werde eine Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen ohne Entschädigung vorgehen. Wir werden gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Reichenperger (Gelsen) fann dem Herrn Vordrner nicht bestimmen, die Gesetzentwürfe nicht allein für überflüssig, sondern sogar für schädlich erkennen zu müssen. Die Thatsache einer Ueberbürdung der westlichen Provinzen sei oft behauptet und nachgewiesen worden. Schon vor Jahren sei daher in diesem Hause ein Antrag auf Erniedrigung der Grundsteuer in den westlichen und auf Erhöhung derselben in den östlichen Provinzen gestellt worden, leider ohne Erfolg, und als ein diese Differenz ausgleichender Antrag später von diesem Hause angenommen sei, habe das andere Haus ihn abgelehnt. Der Vordrner habe in dieser Frage nichts Befriedigendes geäußert und von Gründen für seine Forderungen und Behauptungen sei ihm (dem Redner) nichts bemerkbar geworden. Die Nothwendigkeit einer Grundsteuerausgleichung sei also auch von dem Vordrner nicht wegzumanteln. Es sei noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß nicht auch der andere Faktor der Gesetzentwürfe die Nothwendigkeit der Annahme eines Gesetzes, wie die Vorlage, endlich erkennen werde, und diese Hoffnung bewege ihn (den Redner), auch heute für die Vorlage entschieden einzutreten. Es liege sich nicht leugnen, daß die Stellung des Herrenhauses so lange eine-unhaltbare sei, als es der Grundsteuerausgleichung seine Zustimmung verweigere und Privilegien aufrecht erhalten wolle. Ferner aber habe, was den Antrag v. Arnim betrifft, das Herrenhaus nicht das Recht der Initiative, sondern nur das der Petition in Finanzfragen. Es sei der von dem Herrn Vordrner angeordnete Weg einer Ablehnung der Vorlage offener und daher anerkennenswerther, als der von dem andern Hause mittelst besondern Antrages betretene. — Abg. Schwenker wird, was ihn persönlich betrifft, für die Grundsteuer stimmen, weil diese Frage doch irgend einmal zur Entscheidung kommen müsse und werde. Der Redner glaubt, daß die sogenannte Ueberbürdung der westlichen Provinzen viel zu sehr betont werde. So betragen z. B. die Grundsteuern im Reg. Bez. Breslau 4 Pf. pro Morgen mehr, als in den westlichen Provinzen. Das Rheinland solle aber wohl bedenken, daß es einen durch seine Lage berechtigenden Handel zu treiben im Stande sei, als irgend eine andere Provinz. Die Rheinprovinz habe den Rhein, Schlefien nur die versandete Oder, auf welcher während 364 Tagen die Schifffahrt unterbrochen ist; am Rhein sei Fremdenverkehr, aber wer kommt nach Schlefien? Polnische Juden. Der Rhein stehe mit der ganzen Welt in Verbindung; Schlefien sei abgeisolirt. Der Redner sucht dann die Ueberbürdung der Häuser in Schlefien nachzuweisen, die pro Morgen 1 Thlr. zahlen; es sei daher die Vorlage über die Gebäudesteuer zu begrüßen, die die Häuser von jener hohen Steuer auf die von 4 Sgr. herabsenke. Schwierig mache sich die Grundsteuerregulirung durch die alten Kataster; um einen neuen zu erhalten, sei schon deshalb die Vorlage der Annahme zu empfehlen, aber auch, um die Lasten von gleichen Schultern tragen zu lassen.

Abg. Kiedel: Es sei merkwürdig, welche sich viel auf historisches Recht stützen, die historische Entwicklung der Steuerleggebung zwar auch überall anerkennen, nur nicht für sich selbst. Die Minderung des Werthes ländlichen Grundbesitzes durch Aufhebung einer Grundsteuer diesen ausführen zu wollen, sei einseitig, denn sie treffe auch die gegenwärtigen ländlichen Grundbesitzer und die Gebäude, ja sogar die Gewerbe, ohne daß diese alle an ihrer weiteren Entwicklung durch solche Steuer behindert würden. Abgesehen aber von der Nothwendigkeit der Grundsteuerregulirung wegen unabwiesbarer nöthiger Ausgleichung, sei sie in Gegenwart auch als eine finanzielle Nothwendigkeit dringend. Solcher Nothwendigkeit gegenüber sei es übel an der Zeit, an alten Vorrechten festzuhalten und damit eine Spannung im Volke zu pflegen, dessen Abreife heute als morgen eintreten solle, welche aber sicher im Verschwinden sei. Ein solcher Widerspruch zwischen gesetzlicher Bestimmung und der Wirklichkeit habe auf keinem anderen Gebiete der Staatswirtschaft statt und dieser Widerspruch müsse beseitigt werden. Alle Staaten Deutschlands haben die Regelung dieser Angelegenheit längst beendet. Die Regierung sei es ihrer eigenen Würde schuldig, eine Angelegenheit zum Ende zu führen, die nur zu lange schon der Erledigung harre. Es könne das Ansehen Preußens im Auslande nicht stärken, wenn

die Staatsregierung einer kleinen Partei noch ferner große Rücksicht gewähre. Was nügen alle Anstrengungen, um uns mächtig nach Außen zu machen, wenn das Ansehen der Staatsgewalt durch das traurige Bild untergraben wird, daß sie die einfachste Maßregel gegen diese kleine Partei nicht durchführen kann? Es müsse in dem Staate, in welchem Hohepöten regieren, die Vorlage endlich zur Durchführung kommen. (Bravo rechts.) Es habe den Schein, als wolle man der Ansicht Vorzug gewähren, der Grundbesitz und besonders der größere ländliche Grundbesitz sei mittelst der Vorlage berufen, die Ausgabe für die neue Militärorganisation durch seinen Steuerertrag zu decken, obwohl die Grundsteuerregulirung doch nur eine finanzielle Maßregel genannt werden könne, darauf berechnet, die Staatsfinanzen überhaupt in eine Lage zu bringen, um den Anforderungen, die an sie gemacht werden, entsprechen zu können. Strebe man daher alles Ernstes dahin, bald ungerechte Privilegien zu beseitigen, um die Staatslasten von gleichen Schultern tragen zu lassen. Es sei wohl anzunehmen, daß die Grundentschädigung heute zum letzten Male geboten werde und ich werde mit meinen politischen Freunden zur geeigneten Zeit, so viel wir vermögen, gegen jede Entschädigung wirken. Es steht dann zu erwarten, daß dann auch die Regierung wissen werde, was ihre Pflicht sei. (Bravo rechts.) — Abgeordn. v. Kisthoffer spricht sich unter großer Unruhe im Hause ebenfalls für die Vorlagen aus.

Abg. v. Brandenburg sucht die begeisterten Fürsprecher der sogenannten Steuerausgleichung zu widerlegen und führt besonders an, daß die Bestrebung nach Bevorzugung auf dem Gebiete des Steuerzahlers in allen Klassen der Gesellschaft ziemlich lebhaft hervortrete. Der Redner empfiehlt ebenfalls die fundirte Einkommensteuer. Auch nach Annahme der Vorlage werde man über Ueberbürdung klagen, aber Ruhe nicht, sondern Unruhe werde die Folge sein, und weil ich meinen König ehre und mein Vaterland liebe, und um eine Katastrophe vom Lande abzuwehren, darum werde ich gegen die Vorlage stimmen. — Abg. Graf Driolla bemerkt zu den Ausführungen des Abg. Schwenker: In Schlefien scheint auch manchmal die Sonne und es sei auch manches andere mehr zu finden, als nothdürftiges Hosenzeug à la Schwenker. — Der Finanzminister Freiherr v. Patow will nicht oft Gehörtes wiederholen. Was den Zusammenhang zwischen der Grundsteuerreform und der Militärfrage betrifft, so lasse sich in gewisser Beziehung der Zusammenhang nicht leugnen. Bei den Grundsteuervorlagen handle es sich um die Regulirung der Grundsteuer und um eine mäßige Erhöhung derselben. Die Regulirung hat mit der Heeresvorlage keinen direkten Zusammenhang, die Regulirung würde statthaben, auch wenn das Heer nicht zu reorganisiren wäre, und dieser Aufgabe könne sich kein Finanzminister entziehen, auch Abg. v. Brandenburg nicht, wenn er auch Finanzminister würde. Was die Erhöhung der Grundsteuer betrifft, so ist der Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen. Es kann nicht genügen, vorübergehende Einnahmequellen zum vermehrten Militärbudget zu benutzen, und die Regierung findet keine bessere, als die Erhöhung der Grundsteuer, denn das Gebiet der direkten Steuern ist bereits kultivirt worden und wird auch noch kultivirt werden. Man muß zugeben, daß der gegenwärtige Etat durch die Umgestaltung des Heeres herbeigeführt worden ist, andere Mittel zur Deckung liegen nicht nachgewiesen worden, können auch nicht nachgewiesen werden, und so werde man denn der Grundsteuerrückzahlung zustimmen müssen. Es wird Niemand der Regierung zumuthen, mit einem Defizit zu wirtschaften.

Abg. Schellwig entgegnet Herrn Wagener, daß er Präsident einer Generalkommission ist. — Abg. Duncker (Berlin) will die Vorlage für überflüssig anerkennen, wenn Hr. Wagener nachweisen im Stande ist, daß durch eine fundirte Einkommensteuer die Bedürfnisse des Staates befriedigt werden könnten. Für mehr Belastung sei der Abgeordnete für Regenwalde ganz gestimmt, aber nur durch eine Gebäudesteuerausgleichung. Der Redner erklärt sich einverstanden mit einer landwirtschaftlichen Gewerbesteuer, wenn sie gerecht durchgeführt wird. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Kiedel und v. Brandenburg nimmt das Wort der Berichterstatter Abg. Burghardt. Man trage Bedenken in Besteuerung des Grundbesitzes zur Schau, zeige sich aber weniger bedenklich bei indirekter Besteuerung, obwohl gerade auf diesem Gebiete die Steuerkraft gegenwärtig zu prüfen sei. Man regulire nur die Grundsteuer und es werde auch in kommunaler Leistungsfähigkeit sich Manches besser gestalten. Wer freilich, wie Herr v. Brandenburg, so ohne Weiteres geheime Rätze von Berlin nach Gumbinnen verjagt, von dem ließe sich auch erwarten, daß er ein weinreiches Geseß den preussischen Verhältnissen anpasse. Aber er vergißt, daß sein preussisches Vaterland größer ist, und daß die Grundsteuerverhältnisse zwischen Weimar und Preußen gerade so verschieden, wie der Aufenthalt in Berlin von dem in Gumbinnen. (Bravo.) Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Grundsteuervorlagen.

— Die Erklärung, welche der Minister des Innern in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Sonnabend (s. Nr. 53) abgab, lautet nach dem Wortlaut des stenographischen Berichts: „Meine Herren! Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat wahrscheinlich nicht vermuthet, daß aus Anlaß der hier vorliegenden Petition eine so tiefgehende Erörterung der deutschen Politik Preußens stattfinden würde, er würde sonst gewiß nicht verfehlt haben, auf seinem Plage zu sein. Da dies aber nicht der Fall ist, und doch die Regierung nicht ganz schweigen möchte bei der Diskussion, in die nun einmal das hohe Haus eingetreten ist, so erlaube ich mir einige kurze Bemerkungen zu machen, die, wie ich glaube, auch der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten umso mehr vertreten wird, als die Politik der preussischen Regierung in Bezug auf das deutsche Vaterland in bestimmten prägnanten Akten sich schon ausgesprochen hat und ich nur auf die Akten Bezug zu nehmen brauche. Zunächst ist sie ausgesprochen in der von mir im Namen der Regierung denselben Herren aus Stettin, die jetzt petitionirt haben, im vorliegenden Jahre erhaltenen Antwort. Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat außerdem bei Gelegenheit der Debatte über die Adresse die bestimmtesten Erklärungen darüber abgegeben: die preussische Politik beruht auf der Erkenntnis des Bedürfnisses der Verbesserung desjenigen Organs der Gemeinamkeit, welches jetzt besteht; sie beruht auf der Wahrung des eigenen Rechtes, aber auch auf der Erkenntnis der Nothwendigkeit der Wahrung jeden fremden Rechtes; sie beruht auf dem tiefen Bewußtsein, daß insbesondere in so gefährlichen Zeiten, wie die gegenwärtigen sind, die Einigkeit der deutschen Regierungen höher steht, als eine erzwungene Einheit (behaftes Bravo links); sie beruht auf dem Bewußtsein, daß diese Einigkeit ihr hauptsächlichstes Fundament hat in einem festen, treuen und friedfertigen Zusammengehen der beiden großen Staaten, welche die Vertreter Deutschlands dem Auslande gegenüber sein müssen. (Erneutes Bravo links.) Deshalb ist nach wie vor ihr eifrigstes Bemühen darauf gerichtet, mit dem deutschen Bundesstaate sich im Einvernehmen zu erhalten. Sie hat deshalb mit Freuden begrüßt die neue freihetliche Entwicklung, welche in diesem Bundesstaate gegenwärtig eingetreten ist.“ (Bravo links.) — Nachdem darauf der Abg. v. Vinde (Hagen) gesprochen hatte, fügte der Minister des Innern seiner früheren Erklärung die nachstehende Erläuterung hinzu: „Meine Herren! Zu meinem großen Bedauern muß ich die mir durch die Unklarheit der Verhältnisse zugewiesene Rolle, d. h. den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu vertreten, da er nicht an seinem Plage ist, auch nach der Rede des verehrten Herrn Abgeordneten, den wir so eben gehört haben, fortsetzen, und ich muß es umso mehr, als die Bemerkung, die ich jetzt zu machen habe, allerdings im Wesentlichen auch mich und meine früheren Äußerungen betrifft. Der verehrte Herr Redner hat das, was ich zu sagen mir erlaubte, für „diplomatische Redensarten“ erklärt; ich habe das auf das Tiefste zu beklagen, es muß wohl an der Ungenauigkeit meines Ausdrucks gelegen haben, denn nichts weniger habe ich geben wollen als das. Ich denke, ich habe die Gesichtspunkte, von denen die preussische Politik in Bezug auf das Verhältnis Preußens zu Deutschland und zu Oesterreich ausgeht, so prägnant hervorgehoben, wie es mir im Momente erlaubt war. Die Regierung treibt allerdings keine Konfessionspolitik, sie müht sich nicht ab mit der Erwägung, wie weit ausföherender Genossenschaft, die so oder so möglichweise kommen könnten, und was so oder so möglichweise für sich ereignen könnte; sie treibt eine ganz bestimmte positive Realpolitik, d. h. sie fragt sich, was in jedem Augenblicke die Interessen Preußens und die mit diesen identischen Interessen Deutschlands erfordern, und insofern muß ich allerdings dem letzten Herrn Redner vollkommen Recht geben, wenn er behauptet, die Regierung werde nur mit Oesterreich gehen, so lange als es ihr bequem erscheine, wenn das heißt: so lange die Interessen Preußens es fordern und wünschenswerth erscheinen lassen. (Behaftes Bravo rechts.) Was ich behauptet habe, ist nichts anderes, als daß die gegenwärtige Situation für Deutschland als das nothwendigste Augenmerk erscheinen läßt, sich stark zu machen im Innern, um die Gefahren, die ihm möglicherweise vom Auslande her drohen könnten, gewachsen zu sein — ich verwerpe mich ausdrücklich dagegen, daß ich bestimmte Gefahren, die etwa bevorstünden, in Aussicht nehme, aber ich glaube, daß in Zeiten wie die gegenwärtigen, Deutschland unter allen Umständen auf seiner Hut sein muß und daß die Stärke und Einigkeit nur erzielt werden kann dadurch, daß Preußen das deutsche Element in Oesterreich zu stützen sucht, und in diesem Sinne kann es die neuesten Entwicklungen in Oesterreich auch nur mit Freuden begrüßen. In diesem Sinne wird es sein Gewicht

nach allen Seiten hin in die Waagschale legen, jetzt und so lange die preussischen und deutschen Interessen es ihm thutlich erscheinen lassen. Versteht man so die Politik der „freien Hand“, dann bekennt sich die Regierung mit Freuden dazu. Sie hat sich mit klarem und vollem Bewußtsein fern gehalten von den Eingriffen in die Ereignisse so lange sie glaubte, daß dies im Interesse Preußens und Deutschlands möglich sei; sie wird auf ihrem Plage sein, wenn zu handeln die Nothwendigkeit der Zeit erscheint. (Behaftes Bravo rechts.)

Kolales und Provinzielles.

V Posen, 5. März. [Die Schwurgerichtssitzungen] der zweiten Periode begannen am vergangenen Montage unter dem Vorfige des Dirigenten des hiesigen Kriminalgerichts, Kr. Ger. Rath's Thiel. Von den zur Verhandlung gelangenden Sachen sind nur bemerkenswerth: eine Anklage wegen Raubes, die heute ansteht, und eine Anklage wegen wissentlichen Meineides gegen den Lehrer Paech, die am 8. d. M. zur Verhandlung kommt. Die übrigen Anklagen betreffen Diebstähle ohne allgemeineres Interesse.

Vor dem Dreimännergericht wurde gestern ein Prozeß gegen den Redakteur des hier erscheinenden „Dziennik poz.“ wegen Beleidigung des Erzbischofs v. Przyski, und ein Prozeß wegen fahrlässigen Meineides gegen einen Kaufmann verhandelt. Ersterer endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer Geldbuße von 30 Thln., und letzterer mit Freisprechung des Angeklagten. Die Verhandlungen in beiden Sachen bieten ein so reiches allgemeines Interesse dar, daß wir demnächst einen ausführlicheren Bericht hierüber bringen werden.

W Posen, 6. März. [Dienstjubiläum.] Am 1. d. feierte der bei dem hiesigen k. Appellationsgerichte angestellte Registrator Baltasar Rymarkiewicz sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Derselbe hat im Jahre 1811 unter der herzoglich Warschauer Regierung seine dienstliche Laufbahn begonnen, fungirte später bei den Gerichten in Lobsens und Krotoschin, ging bei der Justizorganisation im Jahre 1835 an das vormalige hiesige Oberlandesgericht über und wurde demnächst im Jahre 1849 bei dem k. Appellationsgerichte angestellt. Am Vormittage des Festtages begaben sich der Appellationsgerichtspräsident Graf Schweinitz und eine Deputation der Beamten des Appellationsgerichts in die Wohnung des Jubilars. Durch den Erstern wurde ihm ein Allerhöchsth. bewilligtes Gnadengeschenk und durch die Deputation ein silberner Pokal, so wie ein kunstvoll ausgeführtes Gedenkblatt überreicht. Am 3. d. fand im Saale der Loge zu Ehren des Jubilars, der sich überall die Liebe und Achtung seiner Vorgesetzten und Kollegen erworben hat, ein von den Beamten des Appellationsgerichts und anderen Freunden des Gefeierten veranstaltetes Abendessen statt.

[Trauerfeier.] Nach einer in Nr. 54 des „Dziennik poz.“ enthaltenen Bekanntmachung soll hier in Posen zum Gedächtniß der am 25. und 27. Februar in Warschau Gefallenen am nächsten Donnerstag 9 Uhr Morgens in der Pfarrkirche eine feierliche Messe stattfinden. — Nach demselben Blatte findet auch in Kions am 14. d. eine ähnliche Feier statt.

[Polnisches Gymnasium; Verbot.] Die Stadt und der Kreis Schrimm haben eine Deputation an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten nach Berlin entsendet, um denselben um die Genehmigung zur Errichtung eines polnischen Gymnasiums in Schrimm zu bitten. Sie sind erbötig, 20,000 Thaler zum Bau des Gymnasialgebäudes und außerdem zur Unterhaltung der Anstalt eine jährliche Beihilfe von 1000 Thln. aus Kommunalfonds herzugeben. Es würde dies das vierte polnische Gymnasium der Provinz sein. — Der Bischof der Kulmer Diözese hat den Zöglingen des unter seiner Leitung stehenden Priesterseminars in Pelpin das Lesen des „Dziennik poz.“ und des „Radwisklanin“ verboten. Veranlassung zu diesem Verbot sollen die in der letzten Zeit vorgekommenen Reibungen unter den Kindern polnischer und deutscher Nationalität gegeben haben. — Nr. 9 des „Przegl. Ludu“ ist polizeilich mit Beschlag belegt.

[Jahrmärkteverlegung.] Der auf den 22. März d. J. in der Stadt Bentschen angelegten Jahrmarkt ist auf den 21. März d. J. verlegt.

[Sperr-Aufhebung.] Die Tollmuth unter dem Rindvieh in Parganie-Borwerk (Kr. Noworacław) ist erloschen und die Sperrte dieses Orts und seiner Feldmark aufgehoben.

Meeritz, 4. März. [Vorschußverein.] Am 28. v. M. vereinigten sich die Mitglieder des hier kürzlich gegründeten Vorschußvereins zu einer Generalversammlung behufs Wahl des Vorstandes. Es wurden mit überwiegender Majorität gewählt: zum Vorsitzenden Kallfater Heinrich, zum Kassier Kallfater Heinrich, zum Kontrolleur Staatsanwalt Sander, zum Auswärtigen: Kaufmann Gumpert, Zimmermeister Fischer, Maler Großmann, Schmiedemeister Donath, Uhrmacher Merkel. Die Herren nahmen die Wahl an. Es hatten sich im Laufe der Verhandlung auch noch einige neue Mitglieder gemeldet. Die Eröffnung der Vorschußkasse soll mit dem 1. April d. J. erfolgen.

Personal-Chronik.

Bromberg, 4. März. [Personal-Chronik] bei den Justizbehörden des Bromberger Departements. Ernennungen: der Gerichtsassessor Gröning zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Noworacław, der Appell. Ger. Referendarius Holzheimer zum Ger. Assessor, der Rechtskandidat Emil Weder zum Auskultator, der Kreisger. Bureauassistent und Sportel-Kassenverwalter Martwich in Bielehne zum Sekretär bei dem zum Kreisgericht zu Lobsens gehörigen Kreisger. Kommission zu Ratel, der Zivil-Supernumerar und Aktuar I. Klasse Ewert zum Kreisger. Bureauassistenten und Sportellassen-Verwalter bei der Kreisger. Kommission in Bielehne, der Zivil-Supernumerar und Aktuar I. Klasse, Kassengeldhülfe Lohwasser hieselbst zum Bureauassistenten bei dem Kreisger. hieselbst, der Hülfsgefängniswärter, frühere Regimentskammer Carl Voß zum Gefängniswärter bei dem hiesigen Kreisger., der Hülfsbote, früherer Sergeant Ferdinand Lenz zum Grexator und Boten bei dem k. Kreisger. in Schönlanke, der Kreisrichter Schmidt in Lobsens zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. dafelbst und zum Notar im Departement des hiesigen Appell. Ger. — Versetzungen: die Ger. Assessoren Jensch und Trelewski, Ersterer aus dem Departement des Appell. Ger. zu Breslau, Letzterer aus dem Departement des Appell. Ger. zu Posen in das hiesige Departement, die Auskultatoren Klopisch aus Breslau und v. Matomaski aus Marienwerder in das hiesige Departement, der Rechtsanwalt und Notar Peterien aus Lobsens in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht in Breslau. — Auf eigenen Antrag aus dem Justizdienste entlassen sind: der Appell. Ger. Auskultator Voß und der Kreisger. Bote und Grexator Daale in Gzarnikau. — Gestorben sind: der Kreisrichter Ponto zu Noworacław und der Kreisger. Grexator und Bote Celler in Lobsens. — Der Kreisger. Bureauassistent und Kanzleisekretär Heilig in Schönlanke ist vom 1. Februar 1861 ab mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

* Das Dresdner Konservatorium für Musik unter Leitung des Herrn Pudor, welches seit Michaels 1860 den k. Kapellmeister Dr. F. Ries als artistischen Direktor und Lehrer der Komposition an der Spitze hat, zeigt fort und fort die erfreulichsten Resultate seiner Thätigkeit. Monatlich zweimal arrangirte Abendunterhaltungen im Saale des Instituts geben Gelegenheit, die Fortschritte und Leistungen der Schüler zu beurtheilen. Es wurden Symphonien für volles Orchester, Konzerte mit Orchesterbegleitung, Oskette für

(Fortsetzung in der Beilage.)

Blasinstrumente, Streichquartette etc., Chor- und Sologesangspiecen, Soli für Pianoforte und alle gebräuchlichen Orchesterinstrumente in sehr anerkannter Weise vorgetragen. Das Lehrkollegium, bekanntlich meist hervorragende Mitglieder der k. musikalischen Kapelle, ist in allen Theilen dasselbe geblieben. Eine Empfehlung des Instituts unter Bezugnahme auf die vortrefflichen Lehrkräfte dürfte überflüssig sein.

Angekommene Fremde.

Vom 5. März.

BAZAR. Die Gutsb. v. Kierski aus Poddolice, v. Szczaniacki aus Łasko und v. Bronitz aus Dębica.
BUDWIG'S HOTEL. Schächter Friedländer aus Żerkow, Schneiderin Kindfleisch und die Kaufleute Ziegel sen. und jun. aus Wągrowitz, Lewit aus Wolsztyn, Ehrlich und Zigner aus Neustadt a. W.
EICHENBERG BORN. Die Kaufleute Lesser aus Strzelno, Kaplan aus Gnesen, Michael aus Miłostów und Frau Kaufmann Friedberger aus Schrimm.
GOLDENES REH. Musikus Kasproy aus Schöffen, Lehrer Neufeld und die Kaufleute Moses aus Kions, Bernstein aus Schrimm, David John aus Kleck und Schnuppe aus Landau.

ZUM LAMM. Holzwarenhändler Meyer aus Birladungen.
PRIVAT-LOGIS. Tischlermeister Pomar aus Dreßigshuben, Halldorfstraße Nr. 32.

Vom 6. März.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. Koperski aus Stepcin, Gouvernante Frau Niemeyer aus Babin, Probst Trepiński aus Staw, Agronom v. Kłosowski aus Brachewo und Postexpeditionshilfe Mezel aus Tichy.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Staatsanwalt Ahlmann aus Grätz, die Kaufleute Bergmann aus Berlin und Liebich aus Breslau.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Busse aus Separowo, Sperling aus Kłobow, v. Kaminski aus Szupon, Hildebrandt und Gutsb. und Kitzmeister a. D. Busse aus Porytynowica, Frau Oberamtmann Hildebrandt aus Głowno, Lieutenant Naglo aus Głowno, Hüttenmeister Naglo und Hüttenassistent Naglo aus Kaurahütte, die Kaufleute Matysch aus Schneeberg, Steinthal, Landsberger, Bloch, Horn und Appelius aus Berlin.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Administrator Rohland aus Schneidemühl, Ingenieur Hoffmann aus Breslau, die Kaufleute Steintrug aus Frankfurt a. M., Hahn aus Breslau und Meyer aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Gutsb. Richter Demel aus Modaslo, Deconom Kupner aus Strehlen und Kaufmann Lohberger aus Hanau.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kreisrichter v. Elsner aus Schrimm, Oberamtmann Klug aus Wroclaw, Rittergutsb. v. Sewald aus Wroclaw, Gouvernante Fräulein Walther aus Dresden, Gutsb. Radelbach aus Anklam, die Kaufleute Bourlad aus Göttingen und Künnebeck aus Berlin.
HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Wendtner aus Hirschberg, Gutsb. Schumacher aus Stupia und Bürger v. Kurowski aus Strzelno.
HOTEL DE PARIS. Probst Janicki aus Kurnitz, Bevollmächtigter Broniowski aus Soleczna und Gutsb. v. Szeliński aus Dreßigowo.
HOTEL DE VIENNE. Kassenassistent Busch aus Koni.
BAZAR. Se. Durchlaucht Fürst Sapieha aus Gajsin, Frau Gutsb. Majowicka aus Jazgowitz, die Gutsb. Graf Mielzynski aus Kłobow, Graf Potulicki aus Głowno, Szegory und Szarlinki aus Dobiela.
EICHBORN'S HOTEL. Frau Gastwirth Reimann aus Grünberg, die Kaufleute Boas aus Schwerin a. W., Woloski und Omnibusbesitzer Nathan aus Krotoschin.
KRUG'S HOTEL. Goldarbeiter Finster aus Görtzig und Schauspieler Kunig aus Egnitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Auktion.

Freitag den 8. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen vor dem Reformatorn-Kort eine Anzahl alter Pflaster und Risten gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.
Posen, den 4. März 1861.

Königl. 1. Bat. 2. Brand. Grenadierregiment (Nr. 12.).

Montag den 11. d. M. Vormittags 11 Uhr soll auf dem alten Markt zu Posen, vor der Hauptwache, ein zum Gendarmenbedienst nicht geeignetes Pferd, lit. Rappe, Wallach, 9 Jahr alt, 5' 3" hoch, gegen gleich baare Bezahlung in preuß. Kur. öffentlich meistbietend versteigert werden.

Das Distriktskommando.

Bekanntmachung.

In den Baaren des hiesigen Schneidermeisters **Merkel Mode**, welche derselbe auf dem Jahrmärkte in Gzarnikau am 18. Dezember v. J. feilgeboten hat, haben sich 6 Ebr. 20 Sgr. vorgefunden, die ein Mann deutscher Abstammung dort zurückgelassen hat.

Der rechtmäßige Eigentümer kann diesen Betrag gegen Erstattung der Injektionskosten von hier in Empfang nehmen.

Obornit, den 18. Februar 1861.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der kaufmännische Konkurs über das Vermögen des Restaurateurs **Ernst Sterneke zu Posen** ist durch rechtskräftig bestätigten Aktord beendet.

Posen, den 8. Februar 1861.

Königliches Kreisgericht, Abtheilung für Zivilsachen.

Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Die unbekannten Erben und Erbennehmer der nachstehenden Personen:

- 1) des am 11. Juli 1848 zu Posen verstorbenen Sprachlehrers **Jean Marie Dauphin**, Nachlaß 89 Ebr. 21 Sgr. 9 Pf.
- 2) der am 12. April 1854 zu Żerzecz verstorbenen Wittwe **Marianna Jachubiat**, vermittelst gewesenen **Bilierz** geb. **Christians** alias **Wilhelms**, Nachlaß 15 Ebr. 24 Sgr. 7 Pf.
- 3) des im Jahre 1858 zu Posen verstorbenen Kommissionsrat **Abraham Brock**, Nachlaß 31 Ebr. 15 Sgr. 6 Pf.
- 4) des zu Posen am 2. November 1829 verstorbenen **Kasus v. Kraszewski** und seiner am 23. Dezember 1823 hier verstorbenen Ehefrau **Antonina v. Kraszewski**, Nachlaß: das Grundstück Nr. 21 am Markte zu Posen.
- 5) des in Posen am 29. März 1854 verstorbenen **Johann Biewan**, Nachlaß circa 24 Ebr.

werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem am

17. Dezember 1861 Morgens 8 Uhr vor dem Herrn Landgerichtsrath **Ribbentrop** im Instruktionszimmer anberaumten Termine sich zu melden, widrigenfalls sie präkludiert und der Nachlaß den sich meldenden Erben oder in Ermangelung solcher dem Fiskus zugeworfen und zur freien Verwaltung ausgeteilt werden wird.

Als Erben

ad 5. des **Johann Biewan** sind nur dessen Kinder und Kindesinder:

- a) **Paul Biewan** zu **Boniewo**, Kreis Wloclawek in Polen,
- b) **Florian Biewan** zu **Kłobak**, Kreis Kujawien, bei der Stadt Kowal,
- c) **Johann Biewan** zu **Kaczewo**, Kreis Łęczyca in Polen,
- d) **Marianna Biewan**, verheiratet an **Bogusław Dobowski** zu **Kobyle-Gauland**, Kreis Łęczyca in Polen,
- e) **Antonina Wiattowska**, eine Tochter der **Marianna Wiattowska** daselbst.

ad 4. der v. **Kraszewski'schen** Eheleute nur deren Sohn, der inzwischen ebenfalls verstorbenen Geistliche **Benedikt Kraszewski**,

bekannt geworden. In Betreff dieser werden alle diejenigen, welche ein näheres oder gleich nahes Erbrecht zu haben vermehren, hierdurch öffentlich zu dem obigen Termine vorgeladen, um dieses Erbrecht anzumelden, widrigenfalls die genannten Personen für die rechten Erben angenommen, ihnen als solchen der Nachlaß zur freien Disposition verabschiedet werden wird und der nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldende näher oder gleich nahe Erbe alle ihre Forderungen und Dispositionen anerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihnen weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Ausgaben zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von der Erb-

schaft vorhanden ist, zu begnügen verbunden sein soll. **Posen, den 12. Dezember 1860.**

Königliches Kreisgericht, Abtheilung für Zivilsachen.

Bekanntmachung.

Der durch das Substitutionspatent vom 19. Juli 1860 in der Substitutionsache des **Allo. Ritterguts Clupia** nebst Zubehör auf den **30. März 1861** Vormittags 9 Uhr anberaumte Zitationstermin wird hierdurch aufgehoben.

Kempen, den 26. Februar 1861.

Königl. Kreisgericht, Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, den 30. August 1860.

Das dem **Gustav Adolph Sellentin** gehörige, zu **Komorowo** belegene Vorwerk nebst den zugeschlagenen Grundstücken **Komorowo** Nr. 6, 10, 8, 9, 7b, und die Hälfte von Nr. 13, zusammen abgeschätzt auf 38,180 Ebr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzulehrenden Tage, soll am

6. April 1861 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subastriert werden.

Die dem Auktionshalt nach unbekannten Gläubiger, vier Geschwister **Lehmann**, namentlich

- 1) **Hugo Alexander Friederich**,
- 2) **Kotar Adolph Carl**,
- 3) **Elisa Martha Flora**,
- 4) **Anna Bertha Jenny**,

so wie der **Joseph Adamski**, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitutionsgerichte anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Krotoschin

I. Abtheilung.

Das den Geschwister **Marianna Helena, Stanislaus Kosska, Cleophas Caspar, Therese Marianna Ursula Vincenzine, Maria Josepha Rzepicha, Ladislaus Michael**, Grafen und Gräfinnen **Mielzynski**, gehörige Rittergut **Oria**, abgeschätzt auf 82,468 Ebr. 5 Sgr. 11 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzulehrenden Tage, soll am

15. Juli 1861 Vormittags 9 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subastriert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitutionsgerichte anzumelden.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Krotoschin, den 3. Dezember 1860.

Bekanntmachung.

Dem **Wirth Gottfried Mathey** aus **Przyborowo** ist ein, zu **Samter** im September 1858 von **Ambrosius Luerte** auf den **Erbsen** **Barner** zu **Samter** über 37 Ebr. aus-

gestellter, am 1. November 1858 zahlbarer und von **p. Barner** auf den **p. Mathey** girirter Wechsel angeblich durch Zerreißen vernichtet worden.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird aufgefordert, denselben binnen 6 Monaten und spätestens im Termine

den 2. September 1861 Vorm. 11 Uhr dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, widrigenfalls der Wechsel für fraktionslos erklärt und amortisiert werden wird.

Samter, den 10. Dezember 1860.

Königl. Kreisgericht, Erste Abtheilung.

Pensionsanzeige.

Knaben oder Mädchen, welche die hiesigen Schulen besuchen, können in einer anständigen Familie unter soliden Bedingungen in Pension genommen werden. In den Schularbeiten und in der Musik wird Nachhilfe gewährt. Wo?

lagt die Exped. dies. Ztg.

Durch den Abgang meiner Pensionarin von der Schule bin ich wieder im Stande, ein Mädchen in meine Pensionsanstalt aufzunehmen.

Hierauf Reflektirende wollen sich möglichst rechtzeitig bei mir melden.

Posen, den 5. März 1861.

J. Hoffstedt, Breslauerstr. 30.

Das Grundstück **Wallischei Nr. 7** ist aus freier Hand zu verkaufen. Kaufsüchtige erfahren das Nähere daselbst bei den Besitzern.

In einer lebhaften Kreisstadt, auf der Chaussee **Wein- und Schaafstraße** sofort unter soliden Bedingungen zu verkaufen. Das Nähere in der Expedition dieser Zeitung.

Hiermit beehre mich ergebenst anzuzeigen, daß ich am hiesigen Plage **Wilhelmsstr. 23**, im Hause des Kaufmanns **Herrn Wendelsohn**, ein Atelier für Photographie und Pa-

notypie eröffnen habe.

Langjährige Sachkenntnis, ausgezeichnete Instrumente in Verbindung mit tüchtigen Portraitmalern, setzen mich in den Stand, alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten sauber und prompt anzufertigen, und wird es mein Bestreben sein, nur gelungene und künstlerisch ausgeführte Bilder an die geehrten Herrschaften abzuliefern.

Posen, im März 1861.

Rudolph Rehfsch.

Für Bauherren.

20 Schod gutes Rohr zum Verohren, à 5 Ebr. 20 Sgr.,

80 Schod gutes Winterrohr zum Decken, à 3 Ebr.,

langes Roggenstroh, à Sch. 6 Ebr. 15 Sgr.,

Krummstroh, à Schod 6 Ebr.,

ist zu kaufen in

Górtatowo bei **Schwerfenz.**

Sperenberger Dünger-Gyps

vorzügl. Qualität empfehle ich frei hier und an allen Punkten der Warthe zu den billigsten Preisen.

Edward Ephraim,

Hinter-Wallischei 114.

Pohl's Riesenrübensamen

empfehle

Heimann Marcus,

Breitestraße 21.

Connabend den 9. März 1861

mit dem Abendzuge

bringe ich

einen Transport

frischmelkender

Regbrücher

Kühe nebst Kälbern

nach Posen

und logire in **Budwig's Hotel**, Kammerei,

plaz Nr. 18/19.

Kłakow, Viehhändler.

Ein **24jähriger schöner Stammaochse** steht z. v. in **Górtatowo** bei **Schwerfenz.**

Fornal- oder Adergeschirre von dicht

ausgedrehtem Leder empfiehlt in größter Auswahl, gut und dauerhaft gearbeitet, die Riemerei und Seilereiabril

von **Julius Scheduling,**

Verkaufslokal: **Wallischei a. d. Brücke.**

Dom. Rokossowo.

Möbel- und Wein-

Auktion.

Wegen Verzuges werde ich **Freitag den 8**

März c. Vormittags von 9 Uhr und Nach-

mittags von 3 Uhr ab in **Sternke's Lokal,**

Königsstraße Nr. 1 (Sommertheater)

Magagoni-, Birken- und

Eichen-Möbel,

als: Sophas, Tische, Stühle, Spiegel, Gardinen,

Kleider, Bänke, und Küchenstühle, Bilder,

Porzellan- und Glasgeschirre, Leinwand, Kü-

chen-, Haus- und Wirthschaftsgeräthe, Keller-

utensilien, Repositoren, Kaffeböden, die Gar-

teneinrichtung, bestehend aus **Gartentischen,**

Stühlen und Bänken, und Nachmittags

eine Partie echter guter Bor-

deau-Weine in Flaschen in kleinen

Partien

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung ver-

steigern.

Zobel, Auktions-Kommissarius.

Das Krankenhaus des **St. Johanner-Ordens**

zu **Mur. Gostin** ist dem öffentlichen

Gebrauch übergeben und zu zehn Betten ein-

gerichtet. — Dasselbe nimmt alle Kranke mit Aus-

schluß der unheilbaren und der mit ansteckenden

Krankheiten behafteten von allen Konfessionen

gegen Entrichtung von 6 Sgr. pro Tag in Ver-

pflegung und ärztliche Behandlung. — Anmel-

Doktor Knispel zu **Mur. Gostin**

v. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

W. Winterfeld.

Durch persönlich gemachten Einkauf in Frank-

furt a. D. ist mein Lager zur jetzigen Sai-

son vollständig assortirt, und bietet in neuen

Frühlingsstoffen als: in Batisten, Sacconets

</

